

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder.

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Versteigung 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart den 22. Juli 1907

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Klara Jettin (Sunder), Wilhelmshöhe, Post Oegerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Aufruf zur Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz zu Stuttgart. — Um das Frauenwahlrecht. — Gegen die Kolonialgreuel. Von g. g. — Eine sozialistische Enquete über die sofortige Einführung des Frauenwahlrechts. — Die weibliche Arbeitskraft in der Eisen- und Metallindustrie. III. Von W. D. — Ein amerikanischer sozialistischer Dichter. Von Richard Scheid-Paris.

Aus der Bewegung: Weibliche Delegierte zu dem Internationalen Sozialistenkongress und der Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz zu Stuttgart. — Von der Agitation. — Ein Wort des Dankes. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau.

Rotizettel: Dienstbotenfrage. — Frauenstimmrecht. — Frauennarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswesens. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauen in liberalen Berufen. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Düttung.

Feuilleton: Der Hängling kommt gegangen. Von Horace Traubel. — Viele Stimmen vereint. Von Horace Traubel.

Internationale sozialistische Frauenkonferenz zu Stuttgart.

Den Anregungen ausländischer Genossinnen folgend, beruft die Unterzeichneter im Auftrag der deutschen Parteigenossinnen hiermit die

Erste Internationale Konferenz sozialistischer Frauen auf Sonnabend den **17. August** nach **Stuttgart** (Württemberg) ein.

Die Konferenz wird vormittags 9 Uhr in der Liederhalle eröffnet.

Die provisorische Tagesordnung lautet:

1. Berichte über die sozialistische Frauenbewegung in den verschiedenen Ländern.
2. Schaffung regelmäßiger Beziehungen zwischen den organisierten Genossinnen der einzelnen Länder.
3. Das Frauenstimmrecht.

Alle sozialistischen Frauen- und Arbeiterinnenorganisationen werden hiermit dringend eingeladen, ihre Vertreterinnen oder auch Vertreter zu dieser Konferenz zu entsenden.

Die Organisationen der einzelnen Länder bestimmen selbst den Modus, nach dem sie zu der Frauenkonferenz delegieren. Was die Delegierung der deutschen Genossinnen anbelangt, so erfolgt sie nach den nämlichen Grundsätzen, welche für die nationalen sozialistischen Frauenkonferenzen gelten. Ratsam ist, daß die Delegierten der deutschen Genossinnen zum allgemeinen Internationalen sozialistischen Kongress auch zugleich ein Mandat für die Internationale Frauenkonferenz erhalten.

Anträge zur Tagesordnung müssen bis spätestens 1. August der Unterzeichneter eingeschickt werden. Bis zu dem nämlichen Datum sollten ihr auch Berichte über die sozialistische Frauenbewegung in den verschiedenen Ländern zum Zwecke der Drucklegung und Veröffentlichung, beziehungsweise Verteilung zugehen. Geschieht das, so kann sich die mündliche Berichterstattung auf kurze Ergänzungen beschränken, und es wird Zeit für die gründliche Beratung der übrigen wichtigen Verhandlungsgegenstände gewonnen.

Die Organisationen, welche sich an der Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz beteiligen wollen, werden ersucht, ihre Delegierten bei der Unterzeichneter möglichst bald und nicht später als bis zum 7. August anzumelden.

Bestellungen auf Wohnungen sind an das Lokalkomitee (S. Diez) in Stuttgart, Furtbachstraße 12, zu richten.

Genossinnen in allen Ländern! Sorgt dafür, daß die Konferenz zahlreich besetzt wird und gute Arbeit zu leisten vermag. Durch das Band einer gleichen grundsätzlichen Auffassung verbunden, gilt es, in gemeinsamem Wirken die sozialistische Frauenbewegung in allen Ländern zu einem immer unentbehrlicheren und wertvolleren Glied des allgemeinen proletarischen Befreiungskampfes zu machen. Der Preis lohnt die Mühen und Opfer: Es ist die volle menschliche Emanzipation des weiblichen Geschlechts.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Ottilie Baader,

Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands
Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Um das Frauenwahlrecht.

Das Frauenwahlrecht steht auf der provisorischen Tagesordnung des Internationalen sozialistischen Kongresses, der am 18. August in Stuttgart zusammentreten wird. Es ist als Verhandlungsgegenstand für die Erste Internationale Konferenz sozialistischer Frauen vorgesehen, die in Verbindung mit dem Kongress tagen soll.

Wie die Dinge liegen, ist eins klar. Es kann sich dabei nicht um eine bloße prinzipielle Sympathieerklärung und Demonstration für das Frauenwahlrecht handeln. Eine solche würde offene Türen einrennen. Wie der internationale Sozialismus prinzipiell zum Frauenwahlrecht steht, ist seit langem entschieden. Während in den meisten Ländern die bürgerlichen Parteien — auch die radikalsten — die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes mit urväterlicher sentimentaler Philisterei abgetan haben; während sie in ihren Reihen nur vereinzelte Verfechter des höchsten sozialen Frauenrechtes aufweisen, es sei denn, daß sie beginnen, sich für ein beschränktes Damenwahlrecht zu begeistern: haben die sozialistischen Parteien aller Nationen von Anfang an das Bürgerrecht des Weibes in ihrem Programm gefordert. Die Forderung wurde auch bereits international bekräftigt. Der zweite Internationale Sozialistenkongress zu Brüssel sprach sich dank der Initiative unserer Genossin Ihrer in einer Resolution für die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes aus.

Es kann daher keineswegs die Aufgabe der Stuttgarter Tagungen sein, den Genossinnen Gelegenheit zu geben, neuerlich theoretisch ein Recht zu begründen, welches zu einer allgemeinen Programmforderung geworden ist, die grundsätzlich von niemand angefochten wird. Um was es geht, das ist die Entfaltung einer kräftigen Aktion allerwärts, welche den prinzipiell anerkannten Anspruch aus der Theorie in die Praxis überzuführen strebt.

Gewiß: in dieser Beziehung ist national in einzelnen Ländern gar mancher Vorstoß unternommen worden. Und der erste Schritt wurde getan, um den Kampf für das volle Bürgerrecht des weiblichen Geschlechtes international zu entfesseln, ihn überall dort in Fluß zu bringen, wo das Proletariat unter sozialistischer Führung um die Demokratisierung des Wahlrechts ringt. Der Internationale sozialistische Kongress zu Amsterdam nahm einstimmig eine dahingehende Resolution an, welche die deutsche Delegation getreu dem Mandat des Dresdener Parteitags eingebracht hatte. Jedoch lassen bestimmte Vorgänge eine gründliche Erörterung der Frage und ein entschiedenes weiteres Vorwärts zur Verwirklichung der Forderung nötig erscheinen.

Nach Amsterdam hat die schwedische und nach ihr die österreichische Sozialdemokratie getan, was die belgische vor Amsterdam praktiziert hatte: Die Forderung des Frauenwahlrechts wurde aus der Wahlrechtskampagne der betreffenden Länder vorübergehend ausgeschaltet. Außerdem kommen noch andere Erscheinungen in Betracht. In England gewinnt der Kampf um das Frauenwahlrecht immer größere Bedeutung, allein dieser Kampf wird in der Hauptsache um ein beschränktes und nicht um das allgemeine Frauenwahlrecht geführt, und die Sozialisten — in Fraktionen gespalten — stehen ihm in verschiedener Haltung gegenüber. Vor allem aber zeitigt die Verschärfung des Klassenkampfes innerhalb der bürgerlichen Parteien aller Länder Entwicklungstendenzen, welche auf einen Frontwechsel in der Frage des Frauenwahlrechts hindrängen und ganz besonders eine starke und wachsende Neigung zur Einführung eines beschränkten Frauenwahlrechts erzeugen. Da gilt es für den internationalen Sozialismus, sich nirgends durch Möglichkeiten überraschen und überrumpeln zu lassen, die über Nacht zu Wirklichkeiten reifen können, ihnen vielmehr weitschauend zuvorzukommen und dem proletarischen Befreiungskampf nutzbar zu machen.

Die Tatsachen, auf die wir verwiesen haben, lassen es aber klar hervortreten: die Sozialdemokratie kann heute die Frage des Frauenwahlrechts nicht mehr an sich als abstrakte Rechtsforderung erörtern. Sie muß

sie vielmehr in ihrem gegenständlichen praktischen Wesen erfassen, in ihren Verknüpfungen und Wechselwirkungen mit der allgemeinen geschichtlichen Situation, ganz besonders aber in ihrem Zusammenhang mit der Emanzipationsbewegung des Proletariats und ihren jeweiligen Phasen. Die grundsätzliche Bedeutung der Forderung hat dabei nichts zu verlieren, denn sie ist fest in der proletarischen Klassenlage und den Notwendigkeiten des proletarischen Klassenkampfes verankert.

Nur wenn man den oben aufgezeigten Zusammenhang festhält, wird verständlich, was sonst unbegreiflich wäre: Daß in mehreren Ländern die Sozialdemokratie aus Wahlrechtskampagnen ihre grundsätzliche Programmforderung voller politischer Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes zurückgezogen hat, ohne für sie gekämpft zu haben; daß in anderen Ländern vereinzelte, aber einflussreiche sozialistische Stimmen laut geworden sind, nach denen die Zeit für die Einführung des Frauenwahlrechts überhaupt noch nicht erfüllt ist.

Unter welchen Umständen und in welcher Form auch immer die zeitweilige Preisgabe der grundsätzlichen Forderung erfolgt ist: sie wurde mit der höheren Bedeutung gerechtfertigt, welche dem proletarischen Befreiungskampf auch für die volle soziale und menschliche Emanzipation des gesamten weiblichen Geschlechtes zukommt. Unbestritten, daß das dauernde Klasseninteresse des Proletariats vor dem Augenblicksinteresse des weiblichen Geschlechtes geht. Nur bürgerliche Frauenrechte mag sich darüber enträsten, der das Verständnis dafür abgeht, daß die Frauenfrage als Teil der sozialen Frage nur zusammen mit dieser durch die Überwindung der kapitalistischen und den Aufbau der sozialistischen Ordnung gelöst werden kann. Aber stimmt auch die aus dem richtigen Vorderatz abgeleitete Schlussfolgerung? Das ist zu prüfen, und das ist's, was wir an unserem Teile in den vorliegenden Fällen bestreiten.

Die Auffassung, daß die Forderung des Frauenwahlrechts vertagt werden müsse, weil die mangelnde politische Schulung und Reife großer weiblicher Bevölkerungsmassen die Herrschaft der reaktionärsten Parteien stärken werde, mithin eine schwere Gefahr für den Vormarsch des kämpfenden Proletariats sei, ist in dem letzten belgischen Wahlrechtsfeldzug mit von Einfluß auf die Haltung der Partei gewesen. Sie zählt in Holland und anderwärts noch Anhänger. Nabeliegend genug begegnet man ihr besonders in solchen Ländern und Gegenden, wo der Klerikalismus Trumpf ist, und das Geistesleben der überwiegenden Mehrzahl Frauen vollständig im knechtenden Banne der Geisteslichkeit steht. Unseres Dafürhaltens darf sich aber die Sozialdemokratie in dieser Hinsicht nicht durch die kurzfristigen und kurzlebigen Wahl- und Mandatsrechnungen schrecken lassen, welche die bürgerlich-liberalen Parteien hypnothysieren. Sie lebt nicht wie jene von der Hand in den Mund und faßt soziale Erscheinungen nicht lediglich als abgeschlossenes, dauerndes Sein auf, sondern in ihrem Wandel. Sie beurteilt daher auch die politische Rückständigkeit des weiblichen Geschlechtes und ihre eventuellen reaktionären Folgen in ihrer geschichtlichen Bedingtheit und bleibt eingedenk, daß die nämliche politische Emanzipation, die heute vielleicht vorübergehend die Reaktion zu stärken vermag — was nicht einmal zweifelsohne ist, siehe den Wahlausfall in Finnland! — morgen schon und auf die Dauer die Sache der Revolution fördern muß.

In der Tat: die offen oder verhüllten reaktionären Parteien können nicht mittels des Frauenwahlrechts die Massen des weiblichen Geschlechtes zum politischen Kampfe in die Arena rufen, ohne in der Rolle des Zauberlehrlings Geister zu beschwören, die sie nicht wieder loswerden. Ganz gegen ihren Willen öffnen sie der politischen Agitation, der politischen Aufklärung unter diesen Massen Tür und Tor; legen sie damit Art und Brecheisen an die letzte Festung des „Unverstandes der Massen“, hinter der ihre Herrschaft sich schutzsuchend verschanzte wollte; bringen sie den Klassenkampf zwischen den Damen der Bourgeoisie und den Frauen des Proletariats zur vollen Entfaltung. Die politisch rechtlose und stumpfsinnige Proletarierin läßt sich im Schatten

des Beichtstuhles oder beim Klatschen der junkerlichen Peitsche zur Wahlhelferin der reaktionärsten Parteien erniedrigen. Die politisch emanzipierte und aufgeklärte Frau der werktätigen Masse stimmt und arbeitet früher oder später sicher für die Sozialdemokratie. So heißt das Frauenwahlrecht die Wunden, die es jeweilig auch dem revolutionären Proletariat schlagen könnte, es führt dessen Kämpfen neue, wertvolle Kräfte und Säfte zu. Davon zu schweigen, daß es dem Proletariat wahrlich nicht ansteht, das Frauenwahlrecht genau mit den gleichen Gemeinplätzen abzulehnen, auf die sich die besitzenden Klassen berufen haben und noch berufen, um dem männlichen Proletariat volles Bürgerrecht vorzuenthalten.

Freilich: noch andere Gründe sind dafür ins Feld geführt worden, daß in einzelnen Ländern die Sozialdemokratie gegebenen Augenblicks auf den Kampf für das Frauenwahlrecht verzichtet hat. In Belgien und Schweden wurde das Eintreten für die grundsätzliche Forderung der Hoffnung geopfert, dem Wahlrechtskampfe liberale Freunde zu gewinnen, ihn gegen reaktionäre Manöver zu sichern und dadurch wenigstens die Eroberung des allgemeinen Männerwahlrechts durchzusetzen. In beiden Fällen hat sich die Hoffnung als trügerisch erwiesen. Die Wahlrechtsreform wurde in Belgien von den Liberalen schnöde wie je verraten, in Schweden scheiterte sie trotz allem an dem zähen Widerstand der Ersten Kammer. Die Besorgnis, durch Verquickung des Ringens um das allgemeine Männerwahlrecht mit der Vertretung des Frauenwahlrechts den Gegnern willkommenen Anlaß zu bieten, an dem bitteren Ernst des proletarischen Kampfes zu zweifeln, die Wahlrechtsreform zu verschleppen, womöglich gar nach ab zu schicken: veranlaßte die österreichische Sozialdemokratie, die Forderung zurückzustellen. Aber auch ohne daß diese für die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes gekämpft hätte, hat die Reaktion ihre ganze Kraft erschöpft, um die Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts hinauszutreiben und dieses selbst nach Möglichkeit zu verunfallen. Sie zwang deshalb das österreichische Proletariat, den ausgenommenen Kampf mit aller Wucht und Schärfe weiterzuführen und schließlich die revolutionäre Kriegswaffe des Massenstreiks in Bereitschaft zu halten. Kurz, beide feindliche Mächte sind in der Kampagne der Wahlrechtsreform bis an die Grenze des äußersten gegangen.

Den drei angeführten Fällen ist ein Zug gemeinsam. Die grundsätzliche Forderung des Frauenwahlrechts wurde — wie andere Wahlrechtsforderungen noch — zeitweilig hinter Zweckmäßigkeitsrücksichten zurückgestellt, die sich als gegenstandslos erwiesen haben. Warum das? Unserer Meinung nach werden je länger je mehr alle Klagen und feinen Berechnungen darüber, welche Selbstbeschränkung der sozialdemokratischen Forderungen, welche politischen Allianzen und parlamentarischen Kombinationen den Widerstand gegen die Demokratisierung des Wahlrechts zu brechen vermögen, durch eine Tatsache über den Haufen geworfen. Wo die besitzenden Klassen vor dem organisierten zielbewußten Proletariat um ihre Klassenherrschaft zu zittern beginnen, da werten sie jede Wahlrechtsreform nur noch im Hinblick auf den Kampf um die politische Macht zwischen der ausbeutenden Minderheit und den ausgebeuteten Massen. Auch in der bescheidensten Wahlrechtsreform wittern sie einen Anfang vom Ende ihrer Herrlichkeit. Solange und soweit es irgend noch in ihrer Kraft steht, setzen sie daher jeder Demokratisierung des Wahlrechtes hartnäckigen Widerstand entgegen, und verschämte und unverschämte Reaktionäre finden sich dabei immer regelmäßiger brüderlich in die Arme. Was im letzten Grunde über den Erfolg der proletarischen Wahlrechtskämpfe entscheidet, das ist folglich keineswegs das Maß und der Charakter der jeweilig erhobenen Forderung, sondern die Macht, welche das Proletariat hinter sie setzen will und kann. Von diesen Gedankengängen geleitet, vermögen wir der Taktik unserer in Frage kommenden Bruderparteien nicht zuzustimmen und sie vor allem nicht — wie wiederholt und in verschiedenen Ländern empfohlen worden ist — als beispielgebend für das Verhalten der Sozialdemokratie zum Frauenwahlrecht anzuerkennen.

Unserer Überzeugung nach darf die Sozialdemokratie auch nicht in ihren Wahlrechtskämpfen ihre grundsätzlichen Forderungen kampfslos Gründen der Opportunität aufopfern. Sie darf das zweimal nicht tun, wenn es sich um einen prinzipiellen Programmpunkt von so großer, weittragender Bedeutung handelt, wie es die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes, der Hälfte jeder Nation, ist; um einen prinzipiellen Programmpunkt, dessen Verteidigung und Verwirklichung auch im Hinblick auf den proletarischen Klassenkampf geboten ist. Grundsatz und Taktik, Theorie und Praxis gehören nicht zwei gegensätzlichen Welten an. Sie sind eine organisch verbundene Einheit, jede Hintansetzung des Prinzips rächt sich daher früher oder später in der Praxis, und eine grundsätzliche Politik ist auf die Dauer die zweck-

mäßigste. Nicht als Partei der Opportunitätsrücksichten und der kleinen Eintagsfolge, wohl aber als konsequente Verfechterin einer grundsätzlichen Stellungnahme zu der sozialen Frage und ihren vielgestaltigen wichtigen Teilproblemen erfaßt die Sozialdemokratie die breitesten Massen, schlägt sie siegreich ihre großen Schlachten.

Ihrer grundsätzlichen Auffassung getreu, muß sie daher auch im Kampfe für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes allen bürgerlichen Parteien samt den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen vorangehen. Das ist nicht minder ein Gebot ihrer geschichtlichen Erkenntnis, daß der Besitz des Wahlrechts für Millionen Frauen zur sozialen Lebensnotwendigkeit geworden ist, wie ihres Gerechtigkeitssinnes, welcher die Leistungen des Weibes als Berufstätige, Gattin und Mutter nach ihrer sozialen Bedeutung wertet. Das ist vor allem auch ein Gebot des proletarischen Klasseninteresses. Je wichtiger die Rolle wird, welche die Frau im gesellschaftlichen Wirtschaftsleben spielt, je härter die Klassengegensätze aufeinanderstoßen und die Klassenkämpfe verschärfen, um so dringender bedarf das Proletariat der Frauen seiner Klasse als organisierter, geschulter Mitstreiterinnen. Jedoch weder an seinen wirtschaftlichen noch an seinen politischen Kämpfen vermögen die Proletarierinnen in vollem Umfang und mit ganzer Kraft teilzunehmen, so lange sie mit Kindern, Geisteskranken und Erlosen gleichgestellt, unbeschränkter politischer Bürgerrechte entbehren. Des weiteren schafft das Eintreten für das Frauenwahlrecht den proletarischen Wahlrechtskämpfern eine breitere Grundlage und pflanzt inmitten ihres Schlachtgetümmels und des Klassenringens überhaupt eine Fahne, deren hehre Losung große und begeisterte Heerhaufen neuer Streiterinnen und Streiter wirbt. Es hält — und das dünkt uns besonders wertvoll — die Massen geistig in Atem, zwingt sie, mit alten Anschauungen und Einrichtungen abzurechnen, die durch Jahrhunderte geheiligt sind, wirkt dadurch in höchstem Maße revolutionierend auf ihr allgemeines persönliches und soziales Bewußtsein zurück, reißt insbesondere die Proletarierinnen aus Hoffnungs- und Gedanklosigkeit empor und wandelt sie aus geduldigen Kreuzsträgerinnen, die jeder sozialen Quacksalberei gläubig nachlaufen, in zielbewußte Kämpferinnen, die sich um die Sozialdemokratie scharen. Es treibt mit alledem die geistige und politische Rückständigkeit aus dem letzten und sichersten Schlupfwinkel, in dem sie im Hinterhalt liegt, die kämpfende Gegenwart des Proletariats verwirklicht, seine Zukunft — das heranwachsende Geschlecht — bedrohend: aus der Familie des werktätigen Volkes. Kurz, es erweist sich als vorzügliches Mittel, die proletarischen Massen ohne Unterschied des Geschlechtes zu revolutionieren, zu sammeln, zu erziehen und damit über die jeweiligen Tageskämpfe und ihre Ziele hinaus die dauernde Vereinigung des Proletariats als Klasse zum Ringen für das Endziel zu fördern. Schließlich schwächt der Kampf für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes die Gegner der Sozialdemokratie. Er sät Unruhe und Zersplitterung in ihre Reihen, indem er die sozialen Gegensätze zwischen Mann und Frau der besitzenden Klassen sowie die sozialen Gegensätze zwischen den Frauen der ausbeutenden Minderheit und der ausgebeuteten Massen klar in Erscheinung treten läßt und alle politischen Parteien, alle sozialen Gruppen vor die Notwendigkeit stellt, unzweideutig Stellung dazu zu nehmen. So führt das Festhalten, das starke Betonen der grundsätzlichen Forderung sowohl in der Alltagsarbeit wie in Wahlrechtskampagnen zur Stärkung der Macht, zur Steigerung der Stoßkraft der Sozialdemokratie.

Die geschichtliche Entwicklung trägt außerdem Tendenzen in ihrem Schoß, welche dem Kampf um das Frauenwahlrecht in allen Ländern eine wachsende praktische Bedeutung verleihen. Die bürgerlichen Parteien werden auf der einen Seite immer mehr zu einer Revision ihrer Anschauungen über das Frauenwahlrecht durch die bürgerliche Frauenbewegung veranlaßt, die der soziale Kampfausdruck der steigenden äußeren und inneren Lebensnot der bürgerlichen Frauenwelt ist. Mehr noch geraten sie jedoch auf der anderen Seite ins Gedränge durch das kämpfende Proletariat, das nicht bloß die Reform der bürgerlichen Parteien und der bürgerlichen Gesellschaft erstrebt, vielmehr die Überwindung der ersteren und die Revolution der letzteren. Der Anblick der anschwellenden proletarischen Heerhaufen, deren bedrohliche Macht langsam, aber sicher reißt, läßt ihnen das beschränkte Frauenwahlrecht als rettenden Ausweg aus der Bedrängnis erscheinen. Die Einführung des beschränkten Frauenwahlrechts erlaubt den bürgerlichen Parteien, sich fortschrittlich zu schminken, aber stockreaktionär zu handeln. Es trägt ein demokratisches Mäntelchen, hat aber eine plutokratische Seele. Es ist zwiespältiger Natur. Seinem innersten Wesen nach bedeutet es weit weniger die erste Stufe zur politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes, als vielmehr die letzte Stufe der sozialen, der politischen Emanzipation des Besitzes. Es

hebt den letzten staatsrechtlichen Unterschied auf, der zwischen Besitzern von Vermögen besteht. Es mißachtet das Recht der Frau als Persönlichkeit und respektiert ihre Macht als Besitzerin von Eigentum. Es verleiht der Frau nicht das Bürgerrecht, weil sie eine Frau, sondern obgleich sie eine Frau ist, nur weil sie als Besizende auftritt. Was es daher emanzipiert, ist nicht das weibliche Geschlecht, sondern den weiblichen Geldbeutel, das weibliche Eigentum. Es läßt daher auch die breiten Massen der nichtbesitzenden Frauen nach wie vor politisch rechtlos. Das beschränkte Frauenwahlrecht wirkt in der Folge als Pluralwahlrecht der besitzenden Klassen und stärkt ihre politische Macht auf Kosten der Besitzlosen, ohne Unterschied des Geschlechtes. Es erschwert und hindert dadurch den Kampf für die weitere Demokratisierung des Wahlrechts, für Reformen überhaupt zugunsten eben dieser Besitzlosen. Und gerade dieser seiner reaktionären Wirkungen halber wird es heutigentags immer häufiger als Kampfesmaßregel gegen das Proletariat ins Auge gefaßt.

Es versteht sich am Rande, daß die Sozialdemokratie das beschränkte Frauenwahlrecht grundsätzlich mit aller Schärfe bekämpft. Und zwar dadurch, daß sie ihm die Forderung eines Frauenrechts entgegenstellt, das in Prinzip und Praxis tatsächlich die politische Emanzipation des gesamten weiblichen Geschlechtes bedeutet: das allgemeine Frauenwahlrecht. Ob Sozialdemokraten im Parlament unter Umständen dennoch für ein beschränktes Frauenwahlrecht stimmen können, das hängt davon ab, in welchem Umfange es etwa auch proletarische Frauenmassen emanzipiert; dafür ist vor allem ausschlaggebend, ob seine Einführung den weiteren Wahlrechtskampf fördert und die sozialen Gegensätze und Konflikte zu schärferer Entfaltung bringt. Möglich, ja gewiß, daß bürgerliche Frauenrechtlerinnen über die entsprechende Stellung der Sozialdemokratie als über „Prinzipienverrat“ zeteren. Sei's drum! Nicht wir, sie verraten das Prinzip, indem sie den Anspruch der Frau als Persönlichkeit dem Recht der Ochsen, Esel, Häuser, Thaler und Papierscheine opfern, die bürgerliche Damen ererbt, oder vielleicht auch im Schmutz einer Prostitutionsehe aufgehoben haben.

Der Kampf der Sozialdemokratie für das Frauenwahlrecht ist international, er muß jedoch national geführt werden, wie andere Kämpfe des Proletariats auch. Es bleibt daher eine Binsenwahrheit, daß er nicht nach Schema F geführt werden kann, vielmehr die geschichtlichen Besonderheiten eines jeden Kampfes berücksichtigen muß. In Ländern — wie im Deutschen Reich — wo das politische Bürgerrecht der proletarischen Massen überhaupt noch schwächlich und beschränkt ist, scheint der Kampf um die allgemeine Demokratisierung des Wahlrechts als der Strom, welcher das Schiffelein des Frauenwahlrechts trägt. In England und anderwärts erachten wir umgekehrt, daß der Kampf um das Frauenwahlrecht den noch unerfüllten allgemeinen proletarischen Wahlrechtsforderungen nutzbar gemacht werden sollte. In anderen Ländern und unter bestimmten Umständen kann sich wiederum der Kampf um das allgemeine Frauenwahlrecht allein als Notwendigkeit erweisen. Auf verschiedenen Straßen und in verschiedenen Stappen wird das Proletariat auch im Kampfe für das Frauenwahlrecht seinem Ziele zuzuschieren. Was den Kampf international eint, das ist das Ziel selbst, das sind bestimmte grundsätzliche Richtlinien, die sich aus dem geschichtlichen Zusammenhänge zwischen Frauenfrage und sozialer Frage ergeben.

Diese Richtlinien zu erörtern und festzulegen wird die vornehmste Aufgabe der internationalen Tagungen zu Stuttgart sein. Mittel und Wege zu finden, wie diesen Richtlinien entsprechend die Agitation für das Frauenwahlrecht kraftvoll betrieben werden kann, das muß Sache der Sozialdemokratie jeder Nationalität bleiben. Denn wenn irgend etwas der internationalen Schablonisierung spottet und die genaueste Beobachtung der geschichtlich verschieden gelagerten tatsächlichen Verhältnisse innerhalb der einzelnen Länder fordert, so sind es die Mittel und Wege der Agitation. Die deutschen Genossinnen werden der Internationalen Frauenkonferenz eine Resolution vorlegen, welche, von den hier entwickelten Gesichtspunkten ausgehend, einige grundsätzliche Richtlinien für den Kampf um das Frauenwahlrecht aufstellt. Wir werden diese Resolution in nächster Nummer veröffentlichen. Es wird die Aufgabe der proletarischen Frauenbewegung in allen Ländern sein, den vom Internationalen Kongress gezeichneten Richtlinien entsprechend die proletarischen Frauenmassen zum Ringen für ihr Bürgerrecht zu mobilisieren und sie dauernd dem revolutionären Klassenkampf des Proletariats als Mitstreiterinnen einzugliedern, gleichzeitig aber auch als unermüdblich treibende Kraft im sozialdemokratischen Kampfe für die politische Emanzipation des weiblichen Geschlechtes zu wirken. Wir sind überzeugt, daß beide internationale Beratungen dazu beitragen, den Sieg des Frauenwahlrechtes und darüber hinaus den Sieg des revolutionären Proletariats über die kapitalistische Ordnung vorzubereiten.

Gegen die Kolonialgreuel.

Der Petersprozess in München hat mit aller Schärfe den blutigen, gewalttätigen Charakter der Kolonialpolitik beleuchtet, welche die modernen kapitalistischen Staaten treiben. Er hat uns wieder lebendig vor Augen geführt — selbst wenn man nur die für Peters günstigen Zeugnisaussagen nimmt —, mit welcher Barbarei, mit welcher unmenschlicher Härte die kultivierten Europäer „Zivilisation“ verbreiten, mit düren Worten: wilde und halb wilde Völker ausbeuten und vernichten. Jeder menschlich Denkende steht unter dem empörenden Eindruck der Gerichtsverhandlungen, in denen eine ganze Reihe von Männern in angesehenster Stellung die an den Schwarzen verübten Schandthaten zu entschuldigen und zu beschönigen versucht, wenn nicht gar schamlos verherrlicht hat. In diesem Augenblicke dürfte eine Rede von Interesse sein, die Anatole France, der große französische Schriftsteller, über die Kolonialen Greuel gehalten hat. Im Gegensatz zu deutschen Künstlern und Gelehrten, die gleich gläubigen Kindern Dernburgs orientalische Phantasien widerprüchlich und kritisch hinnehmen, oder die — schlimmer noch — einen Peters als Helden feiern, leiht Anatole France seine Feder und sein Wort der Sache der Unterdrückten und Gequälten der dunklen Rasse. Er sieht in ihnen Menschen, Brüder, die das Recht haben, menschlich behandelt zu werden. In formvollendeter Sprache brandmarkt er die Verbrechen, die in den Kolonien begangen werden. Er spricht vor allem von französischen Kolonien, aber die Verhältnisse sind im wesentlichen überall dieselben, wo der Kapitalismus sich kolonisierend eingenistet hat. Auch für die deutschen Kolonien gilt, was er ausführt, und auch an die deutsche Arbeiterklasse wendet sich seine Aufforderung, rücksichtslos die Kolonialgreuel zu bekämpfen. Und — so fügen wir hinzu — nicht diese scheußlichsten Auswüchse kapitalistischer Profit- und Eroberungssucht allein, vielmehr die ganze kapitalistische Kolonialpolitik, deren innerstes Wesen naturnotwendig die gebrandmarkten Schandthaten gebiert. Doch hören wir, was Anatole France in einer Protestversammlung am 30. Januar 1906 gegen die Kolonialgreuel gesagt hat.*

Vor 25 Jahren eroberte Brazza, als Führer einer französischen Expedition in Westafrika, durch seinen Mut, seine Milde und seine Rechtschaffenheit die Achtung und das Vertrauen der schwarzen Völker. So bestimmte er den König Makoko, sich unter das Protektorat Frankreichs zu stellen. Zum Zeichen des Friedensschlusses ließ der Negerkönig auf einem Felde eine Grube auswerfen; als alle seine Kriegshäuptlinge ihre Waffen hineingeworfen hatten, sprach er: Wir begraben den Krieg so tief, daß weder wir noch unsere Kinder seine Auferstehung erleben werden.

Ein Baum wurde in die Erde gepflanzt, die die Pfeile und Lanzen bedeckte, und Brazza erwiderte: Möge der Frieden so lange währen, als dieser Baum keine Früchte von Eisen und Pulver tragen wird. ...

Die Stämme am Kongo gehören den verschiedensten Völkern und Kulturstufen an; alle aber haben ein ausgeprägtes religiöses Empfinden; sie sind Fetischgötter und geheimnisvollen, manchmal schrecklichen Zauberkünsten unterworfen. Sie sind nicht ohne Kunstfertigkeit. Sie halten als Haustiere Schafe, Ziegen und Schweine. Ihre Gesellschaftsordnung gründet sich auf die Sklaverei und die Polygamie. Vor 30 Jahren glich sie in hohem Maße der der Griechen der Ilias. Wenn man Paul du Chailu glauben darf, zeichnen sich ihre Häuptlinge durch einen ebensolchen Reichtum der Sprache, durch die gleiche Feinheit der Ausdrucksweise aus, wie die Könige Homers.

Zweifellos trinken diese Schwarzen zu viel Palmenwein und Schnaps. Es gibt Habgierige und Hinterlistige unter ihnen. Aber man findet auch humane und edle Charaktere. Doktor Barot-Fortière, der unter ihnen gelebt hat, berichtet von ihnen, daß er sie meistens sanft und gut befunden habe, daß sie gerne mit den Weißen arbeiteten, wenn diese sich nur die Mühe nähmen, sie zu unterweisen. Sie sind keine Bestien, sagt er; es sind Menschen, die einige Jahrhunderte hinter unserer Kultur zurück sind; es sind unsere jungen Brüder. ... Es ist unsere Pflicht, ihnen eine vernünftige Erziehung zu geben.

Und diese Völker im Zustande der Kindheit... sehen wir verraten, wehrlos der rohen Hiebe der Händler, den lästernen Launen einiger Europäer preisgegeben, die selbst Opfer des Malaria, der Cholera und des Tropenollers sind. Wir sehen sie geteilt unter der Herrschaft des Mordes, des Raubes und der Gewalttat. Das ist die Erziehung, die wir ihnen geben; die Moral, die wir in ihre noch im Dunkel befangenen Seelen pflanzen. Diese armen, unfertigen, noch nicht geformten Wesen werden gebildet von Bestien, die sie quälen, ohne sie auszurotten zu können; was für Bestien müssen sie dann eines Tages werden? Um der Ehre Frankreichs und der Menschheit willen muß dieses Martyrium ein Ende nehmen.

Wir wissen sehr wohl, daß die Schwarzen des Kongostaats, die Sklaven Seiner Majestät des Königs der Belgier sind, ebenso grausam gequält werden. Wir wissen, daß in Afrika, in Asien, in allen Kolonien, welchem Volke sie auch gehören mögen, dieselben Klagen, dasselbe Jammergeheul zum tauben Himmel steigt. Wir kennen nur zu gut die alte schreckliche Geschichte. Schon seit vier Jahrhunderten wettern die christlichen Völker in der Ausrottung der roten, gelben und schwarzen Rassen. Und das nennt man die moderne Zivilisation!

Die Weißen treten mit den Schwarzen wie den Selben nur in Verbindung, um sie zu knechten oder hinzumorden. Die Völker, welche wir Barbaren nennen, lernen uns nur durch unsere Verbrechen kennen. Gewiß glauben wir nicht, daß auf der unglücklichen afrikanischen Erde unter unserem republikanischen Banner mehr Grausamkeiten begangen werden, als unter den Flaggen der König- und Kaiserreiche. Aber wir Franzosen sind berufen, die Verbrechen bloßzustellen, die in unserem Namen verübt werden; es handelt sich um unsere Ehre. Dazu kommt, daß wir mehr Aussicht haben, nicht vergebens zu sprechen, wenn es sich um Dinge handelt, die uns persönlich betreffen. Ist es nötig, die Gründe dafür auseinanderzusetzen? ... Francis de Pressensé sagte, „es ist die Aufgabe der Bürger eines jeden Landes, gerade die Vergehen zu brandmarken, für die ihre eigene Nation verantwortlich ist, und deren feiges Verschweigen das ganze Volk zu Mitschuldigen machen würde.“ Und er setzte noch hinzu: „Wenn das gerade unsere Pflicht ist, und wenn diese Pflicht für das Frankreich der Revolution zwingender ist, als für jedes andere Land, wie könnten wir da vergessen, daß die anderen Völker in dieser Hinsicht getan haben, was sie tun mußten! Daß vor allem die Belgier gegen den Herrscher des Kongostaats agitieren, daß das England des 18. Jahrhunderts unter der Führung von Pitt, Fox, Burke und Sheridan sich vereinigte, um die Verbrechen Warren Hastings zu verfolgen, der doch so viel dazu beigetragen hatte, seinem Vaterlande Indien als königliches Geschenk zu geben; ... daß in Holland die rächende Feder Multatulis die Kolonialverbrechen brandmarkt.“

An uns ist nun die Reihe, gebieterisch und unermüdet die Quälereien und Verbrechen zu enthüllen, die durch die französische Kolonialverwaltung begangen worden sind. ... Gebieterisch und unermüdet fordern wir, daß man die Verbrechen unterdrücke und eine Verwaltung reformiere, die sie begünstigt und erlaubt hat. Gebieterisch und unermüdet verlangen wir, daß man in den Selben und Schwarzen unseres Kolonialreiches die Menschenrechte achte. Wir verlangen Gerechtigkeit im Namen der Menschheit, die man nicht ungestraft beschimpft. ...

Wir sehen, daß die Kolonialpolitik aus dem Wesen der kapitalistischen Ordnung selbst hervorzweigt, daß sie unauf löslich mit ihr verbunden ist. Und so fragen wir denn die herrschenden und besitzenden Klassen: Was soll dieser Wahnsinn? Wie könnt ihr so unbedacht mit diesen Schwarzen, die ihr nicht ersehen könnt, die Quelle und das Werkzeug eures Reichtums verkommen lassen? Seht ihr denn nicht, daß die Ausrottung der Eingeborenen Vernichtung des Handels und Verlust der Bodenschätze bedeutet? Welche Tollheit läßt euch in diesen Gebieten, die doch für euch so voller Hoffnung sind, mit Verheerung und Ausrottung Haß und Aufstand säen?

Jedes Verbrechen schließt notwendig Unbesonnenheit in sich. Ihr könnt nicht voller Sicherheit den Regern Afrikas sagen:

Stets werden die Ausbeuter auf euch schießen und eure Hütten verbrennen; stets wird der christliche Soldat in seinem Übermut sich damit vergnügen, eure Frauen in Stücke zu zerschneiden; stets wird der fröhlich gestimmte Seemann, der vom nebligen Meere kommt, den Leib eurer kleinen Kinder zerretzen, um seine Weine wieder gelenkig zu machen.

Man kann nicht unfehlbar einem Drittel der Menschheit ewige Schmach prophezeien. Es ist ein Volk aufgestanden, um die Selben bei den Weißen in Achtung zu setzen. Wer möchte sich vermessen zu behaupten, daß nicht eines Tages ein Volk erstehen wird, das die Schwarzen bei Weißen und Selben in Achtung setzen wird?

Wer vermag die Grenzen anzugeben, welche eine der großen menschlichen Rassen nicht überschreiten kann? Die Regier verschwinden nicht wie die Rothhäute bei der Verwahrung mit den Europäern. Sie stehen heute auf einer niedrigen Kulturstufe, ... aber seit wie langer Zeit haben denn wir den Zustand erreicht, den wir ein staatlich geordnetes Leben nennen?

Die Weißen haben das Zeitalter der Höhlenbewohner und der Pfahlbauten durchgemacht. Sie waren damals wild und nackt. Sie ließen im Sonnenbrande ihre plumpen Töpfereien trocknen. Ihre Anführer veranstalteten barbarische Tänze. Ihr Wissen verkörperte sich in ihren Zaubern. Seitdem haben sie das Parthenon gebaut, die Geometrie ausgebildet und den Ausdruck ihrer Gedanken den Göttern der Harmonie unterworfen.

Welcher Prophet vermag den 200 Millionen Schwarzen Afrika zu verkünden, daß ihre Nachkommen niemals in Reichtum und Macht über Seen und Ströme herrschen werden? Sie erinnern sich vielleicht des jungen Chinesen, der auf dem Kongress von Luzern sagte: „Wir waren ein friedliches Volk. Was habt ihr aus uns gemacht? Ihr zwingt uns jetzt, uns zu verteidigen. Ihr zwingt uns, ebenso barbarisch zu werden wie ihr.“

Deutsche, Holländer, Belgier, Engländer, Italiener, Franzosen, Europäer, ihr christlichen Völker alle, seid ihr nicht genug gewarnt durch ein gewaltiges Beispiel aus jüngster Vergangenheit? Wollt ihr ohne Unterlaß in Afrika und Asien unauflöslichen Jörn und unersättlichen Haß gegen euch bewahren und euch für eine zweifellos ferne, aber unabwendbare Zukunft Millionen von Feinden schaffen? Mögen die Arbeiter aller Länder, möge das vereinigte Proletariat der ganzen Welt, der sozialdemokratische Geist, welcher über das alte Europa weht, den herrschenden und besitzenden Klassen eine menschlichere und vernünftige Kolonialpolitik aufzwingen!

Eine sozialistische Enquete über die sofortige Einführung des Frauenwahlrechts.

Der Ausfall der französischen Kammerwahlen im vorigen Jahre hatte die Erwartungen der Konservativen, die Aristokraten inbegriffen, auf reiche Beute an Mandaten und politischem Einfluß enttäuscht. In ihrer Wut darüber begannen sie mit dem Frauenwahlrecht zu kollektieren. Nicht daß die schönen Augen des Prinzips der Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts sie bekehrte hätten. Was sie lockte, das war die Hoffnung, dank dem Frauenwahlrecht die Rückständigkeit großer weiblicher Bevölkerungsmassen politisch auszubeuten und sich durch sie zur verlorenen Herrschaft zurücktragen zu lassen. Das genigte, damit die Republikaner der bürgerlichen Platen von vornherein das Frauenwahlrecht als den sichersten Ruin der Demokratie, der Republik und anderer Dinge noch versetzten, die sie selbst beharrlich durch ihre Tat- und Unterlassungssünden kompromittieren und gefährden. Die Frage des Frauenwahlrechts stand ja in der breitesten Öffentlichkeit zur Debatte, und es fehlte nicht an Stimmen, welche den französischen Sozialisten angelegentlich predigten, im Falle eines Antrags der Reaktionäre auf Einführung des Frauenwahlrechts der vorgeblichen Rettung der Republik ihre grundsätzliche Forderung gleichen Rechts für Mann und Weib zu opfern. Es gab dies Veranlassung, daß die Pariser „Revue Socialiste“ bekannte Sozialisten verschiedener Länder befragte, welche Stellung nach ihrer Ansicht die sozialistische Partei in der strittigen Frage einzunehmen habe. Wir lassen die interessantesten und lehrreichen Antworten folgen, welche die Zeitschrift auf ihre Anfrage erhielt.

Edouard Vaillant, Mitglied der französischen Kammer.

Ich zweifle stark daran, daß die Konservativen und ihre Bundesbrüder der republikanischen Mäßigung den Antrag stellen, das Recht der Frau auf den Stimmzettel in das Wahlgesetz aufzunehmen. Ich halte sie für zu schlau dazu. In der Tat: sie könnten dadurch nur unter der Bedingung gewinnen, daß sie dieses Recht unter dem einen oder anderen Vorwand beschränkten, so daß das weibliche Proletariat in seiner Gesamtheit oder teilweise davon ausgeschlossen bliebe. Wir könnten auf keinen Fall diese gefährliche Beschränkung annehmen. Aber wie auch immer die Form des Antrags sein möge: wir werden die Gelegenheit ergreifen, um auch in dieser Beziehung die sozialistische Auffassung zu verwirklichen, welche ebensowenig die Unterordnung eines Geschlechtes als die einer Klasse duldet und für Frauen wie Männer gleiches und volles Recht fordert.

Die Bedingung vorausgesetzt, daß das allgemeine Wahlrecht für beide Geschlechter ohne willkürliche Beschränkungen eingeführt und derart festgelegt wird, daß es wirklich direkt und geheim ist, glaube ich nicht, daß die sofortige Zulassung der Frauen zum Stimmrecht eine Gefahr für die Republik und die öffentlichen Freiheiten in sich schließt. Ich bin überzeugt, daß die Gewährung dieses Rechts nicht nur den Frauen die baldige Befreiung von den Gesezen und Gespögenheiten bringen würde, welche sie wirtschaftlich und im bürgerlichen Leben in Unterwürdigkeit vom Manne halten, sondern auch dem ganzen Proletariat ein rasches Wachstum an Kraft, an moralischer und sozialer Freiheit. Die Einführung des Frauenwahlrechts wäre ein Schritt vorwärts auf dem Wege der Demokratie und der Menschheitsentwicklung.

Jean Allemane, Mitglied der französischen Kammer.

Sie wollen meine Meinung über das Frauenwahlrecht wissen? Ich gebe sie Ihnen ohne jedes Bedenken zu erkennen, indem ich Ihnen sage, daß ich ein ebenso entschiedener Anhänger des Frauenwahlrechts geblieben bin, wie ich es vor 40 Jahren war. Die Einführung des Frauenwahlrechts ist unstrittig die Voraussetzung dafür, daß das Wahlrecht seinen Namen als allgemeines verdient; die Voraussetzung auch dafür, daß es sich in Übereinstimmung mit der Gerechtigkeit und der Vernunft befindet, denn es ist ebenso ungerecht als lächerlich, der Frau das zu versagen, was man dem Manne gewährt, nur — weil sie Frau ist. Daraus erwachsen sehr erklärliche Irrungen und Wirrungen.

Weil unsere bürgerlichen Republikaner sich weigern, den nötigen Akt der Gerechtigkeit zu vollziehen, ist es da verwunderlich, daß die Reaktionäre die Situation auszunutzen versuchen? Zugestanden, daß das ihrerseits ein schlauer Streich ist.

Die ersteren erheben ein lautes Geschrei und erklären, daß es um die Republik geschehen wäre, wenn das Frauenwahlrecht eingeführt würde. Als ob die Reaktionäre gewartet hätten, bis die Frauen stimmen können, um zu ihrem Vorteil die Frauen zu verwenden, welche durch ihre Interessen, ihre Lage, ihre Vorurteile getrieben werden, die fortschrittlichen Ideen zu bekämpfen! Man braucht nur etwas in einer Wahlkampagne mitgearbeitet haben, um zu wissen, wie in dieser Beziehung die Dinge liegen.

Wenn die Frauen das Wahlrecht erhalten, so ist es möglich, daß einige katholische und protestantische Geistlichen mehr den Abbé Gayraud und Lemire zugesellt werden, die jetzt von männlichen Wählern in die Kammer geschickt werden. Allein, wenn man sich der Abgeordneten erinnert, die gewisse Wahlkreise entsenden, so fragt man sich, von welcher Bedeutung könnte das sein?

Wäre es wirklich ein großes Unglück, wenn an Stelle eines Gailhard-Vancel, für welchen die Männer der Ardeche gestimmt haben, die Frauen, welche wie die Männer wählen könnten, irgend einen Geistlichen in die Kammer entsendeten?

Man wird gegen das Frauenwahlrecht einwenden, daß die politische Erziehung der Frauen noch ganz rückständig ist. Jedoch kann auch dieser Grund nicht die Verletzung

* Entnommen in „Vers les temps meilleurs“ („Besseren Zeiten entgegen“), einer Sammlung der Reden von Anatole France. Paris, Verlag Edouard Belletan. Das Buch sei allen französisch Lesenden angelegentlich empfohlen.

eines Rechts rechtfertigen, das meines Dafürhaltens unveräußerlich ist. Das um so weniger, als es leider noch viel zu viel Männer gibt, welche nicht zu unterscheiden vermögen, auf welcher Seite im politischen Leben Loyalität und Überzeugung ist, und die nichtsdestoweniger das Wahlrecht ausüben und sich zu politischen Geschäften niedrigster und schuftigster Art hergeben.

Die Wirklichkeit legt uns Männern nahe, recht, recht bescheiden zu sein.

Meiner Vergangenheit wie dem sozialistischen Programm getreu, bin ich entschlossen, mein Bestes zu tun, damit sobald als möglich die politische Gleichheit zwischen den Geschlechtern herbeigeführt wird, denn davon hängt die ökonomische Gleichheit ab.

Ich werde also fortfahren, für das Frauenwahlrecht einzutreten. Ich bin überzeugt, daß ich dadurch zum Siege der Vernunft, des Rechts und der sozialen Gerechtigkeit beitragen werde.

Gestatten Sie mir zum Schluß noch mein Bedauern darüber auszudrücken, daß es die französischen Republikaner den Reaktionsären überlassen, das Frauenwahlrecht zu verteidigen, während in anderen Ländern die bürgerlichen Liberalen wie die Sozialisten sich anschicken, zusammen mit einer großen Zahl Vorkämpfer für dieses Recht, es ihren konservativen Gegnern abzuwingeln.

Es ist entschieden unerfreulich, konstatieren zu müssen, daß die nämlichen Bürger, die stolz darauf sind, dem Lande anzugehören, welches die Menschenrechte proklamiert hat, sich so wenig geneigt erweisen, die Frauenrechte anzuerkennen.

Emile Vandervelde, Mitglied der belgischen Kammer.

Welche Haltung sollte die so sozialistische Partei einnehmen, die das Frauenwahlrecht in ihrem Programm hat, wenn die Rechte — in der Hoffnung, dadurch die Majorität zurückzuführen — die Aufnahme dieses Rechtes in die Verfassung beantragen würde?

Die nämliche Frage ist in Belgien gelegentlich unserer Wahlkampagne von 1902 aufgeworfen worden.

Ehe die sozialistischen Abgeordneten ihren Antrag auf Revision der Verfassung einbrachten — der nötig war, um das allgemeine legislative Wahlrecht zur Einführung zu bringen —, hatten sie der Kammer einen Gesetzentwurf vorgelegt, der allen belgischen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts das Wahlrecht zu den Gemeinde- und Provinzialräten zuerkennen wollte. Als unser Antrag zur Debatte stand, kündigten gewisse liberale Abgeordnete ihre Absicht an, für das allgemeine Frauenwahlrecht stimmen zu wollen, sobald die Gewährung politischer Gleichheit sich nicht mehr umgehen lasse. Ihre Erklärung wurde durch die Hoffnung veranlaßt, das allgemeine Männerwahlrecht zu den betreffenden Körperschaften zum Scheitern zu bringen, für das die meisten Liberalen zu haben waren.

Die liberale Erklärung genügte, um die Opposition zu teilen: die Liberalen, von denen viele einen Vorwand suchten, um sich in der Wahlrechtsfrage von den Sozialisten loszulösen, machten diesen bitteren Vorwürfe darüber, daß sie die Frage des Frauenwahlrechts aufs Tapet gebracht hätten. Der Wahrheit gemäß müssen wir hinzufügen, daß auch in mitten der Sozialisten sich lebhafter Widerstand gegen die Forderung erhoben hatte, sobald es den Anschein gewann, daß sie aus der Theorie in die Praxis überführt werden sollte. Man fürchtete in Belgien, wie jetzt in Frankreich, daß die baldige Einführung des Frauenwahlrechts — in einem Lande, wo der Reichthum eine große Rolle spielt — auf unendlich lange Zeit hinaus die Oberherrschaft der Parteien der Rechten sichern würde.

Bei der entscheidenden Abstimmung jedoch stimmte die sozialistische Linke geschlossen für ihren Antrag, während — charakteristischerweise — sich ein einziger Klerikaler fand, der sich der Abstimmung enthielt, und nicht ein einziger, der für die politische Gleichberechtigung der Geschlechter gestimmt hätte.

Allein, da es wichtig ist, die Dinge so zu zeigen, wie sie sind und nicht so, wie wir möchten, daß sie seien, halte ich mit meiner innersten Überzeugung nicht zurück. Wenn es sich ernstlich um die Einführung des Frauenwahlrechts handelte, wenn die Rechte wirklich die Absicht hätte, dafür zu stimmen und die Sicherung der Reform unter diesen Bedingungen von den Stimmen der Sozialisten abhinge: so glaube ich, daß viele von ihnen recht geneigt sein würden, betreffs der Frauen den Unterschied zu erneuern, der 1791 zwischen den aktiven Bürgern und den passiven Bürgern gemacht worden ist.

Man behauptet, daß die ungeheure Mehrzahl der Frauen das Wahlrecht nicht verlangt; daß sie auf seinen Gebrauch nicht vorbereitet ist, daß betreffs der politischen Emanzipation des weiblichen Geschlechts etappenweise vorgegangen werden müsse, so daß man den Frauen zum Beispiel zuerst das Wahlrecht zu den Gewerbeschiedsgerichten und den lokalen Verwaltungskörperschaften einräumen solle.

Alles das enthält sicherlich ein Körnchen Wahrheit, aber man vergesse nicht, daß vor 1848 genau die gleichen Bedenken gegen das allgemeine Männerwahlrecht geltend gemacht worden sind. Die Arbeiter verlangten das Wahlrecht nicht, hieß es, sie ermangelten der politischen Erziehung; ihre politische Gleichberechtigung müsse langsam und stufenweise eintreten.

Im Hintergrund der betreffenden Argumentation steht ein ängstlicher Gedanke, herrscht eine Besorgnis vor. Man fürchtet, daß die Zuerkennung des Wahlrechts an die Frauen den Parteien der Rechten die Majorität sichern und in der Folge den Vorwärtsmarsch des Proletariats für etliche Zeit aufhalten werde. Nur wenn man diesen Gedankengang ins Auge faßt, wird erklärlich, wie es möglich ist, daß eine große

Partei, welche das Frauenwahlrecht in ihr Programm aufgenommen hat, vor der sofortigen Durchführung ihrer Programmforderung zurückschreckt.

Ich habe nicht die Absicht, darüber zu diskutieren, ob diese Befürchtung ein hinreichender Grund ist, der Hälfte der erwachsenen und großjährigen Bevölkerung politische Rechte vorzuenthalten; es wäre nicht ohne Reiz für mich, zu hören, wie die Vorkämpfer für Menschenrecht die Staatsräson anrufen, um das Frauenrecht zu opfern; ich erlaube mir außerdem zu glauben, daß die sozialistische Partei nicht dadurch an Größe gewinnen würde, daß sie ihren Beauftragten erlaubte, ja sogar sie dazu ermutigte, gegen ihr eigenes Programm zu stimmen.

Wie ich bereits früher in Belgien erklärt habe, bleibe ich überzeugt, daß sogar im Hinblick auf die Wahlergebnisse das Frauenwahlrecht nicht oder wenigstens nicht lange die Folgen zeitigen würde, welche die Klerikalen hoffen und die Antiklerikalen fürchten.

Gewiß: es wäre kindisch zu verlernen, daß in der ersten Zeit nach Einführung des Frauenwahlrechts die Demokratie die Strafe dafür tragen muß, daß sie fast nichts für die politische und soziale Erziehung der Frauen geleistet, daß sie diese fast vollständig dem Einfluß der Kirche überlassen hat.

Jedoch selbst in der Übergangsperiode würde der Wahlkampf der Rechtsparteien nicht so groß sein, als man gewöhnlich erachtet. Und zwar aus zwei Gründen. Zunächst weil schon jetzt viele Männer so stimmen, wie es ihre Frauen wollen oder richtiger, wie es ihr Pfarrer will, der sich ihrer Frauen als Vermittlerinnen seines Einflusses bedient. Dann weil viele Frauen, wenn das weibliche Geschlecht politisch emanzipiert wird, wie ihre Männer stimmen werden, wenn gleich sie ihren religiösen Gefühlen und Übungen treubleiben.

In der ungeheuren Mehrzahl der Fälle wird die Gemeinsamkeit der Interessen eines Ehepaares auch die Gemeinsamkeit der Abstimmung zur Folge haben. Es würde kaum das Achtel der Ausnahmen geben, das Fourier in allen menschlichen Dingen fand.

Ich gebe jedoch zu, daß diese Ausnahmen allgemein den reaktionären Parteien zum Vorteil gereichen würden, und daß die Reaktionsären eine gute Wahlpekulation machen, wenn sie den Frauen das Wahlrecht verleihen wollen. Allein wie lange wird sie vorhalten?

Von dem Augenblick an, wo die Frauen wahlberechtigt sein werden, gewinnen alle Parteien ein Wahlinteresse — von höheren Erwägungen abgesehen — an der politischen Schulung des weiblichen Geschlechts. Es wäre vorbei mit der schwachen Gleichgültigkeit, welche viele Demokraten und Sozialisten gegenüber dem Glend, der Unwissenheit, der geistigen Verwahrlosung der Hälfte der Menschheit an den Tag legen. Dank ihrer politischen Befreiung würde die Frau aus dem Schatten der Kirche in das volle Tageslicht des öffentlichen Lebens treten. Und — das ist meine unerschütterliche Überzeugung — indem die Kirche ihre letzte Reserve aufmarschieren ließe, würde sie für eine nahe Zukunft ihre endgültige Niederlage vorbereiten.

Darum meine ich, daß die Konservativen sich die Sache zweimal überlegen werden, ehe sie für eine Reform stimmen, die ihren Prinzipien widerspricht. Die Sozialisten aber ihrerseits müssen es sich viermal überlegen, ehe sie eine Reform ablehnen, die ihr Programm fordert.

Ohne die Mitarbeit der Frauen ist der Triumph des Sozialismus unmöglich, und das wenigste, was wir tun können, und was wir tun sollten, um die Frauen zu gewinnen, besteht darin, daß wir ihr Recht nicht etwa niedrigen Zweckmäßigkeitsrücksichten und Wahlinteressen opfern.

Wenn man die vorübergehenden unangenehmen Folgen vermeiden will, welche die Einführung des politischen Frauenwahlrechts von heute auf morgen hat, so ist das beste Mittel dazu, die Frauen auf den vollen Gebrauch der politischen Rechte vorzubereiten. Und zwar dadurch, daß man die sozialistische Agitation unter ihnen immer eifriger betreibt und ihnen sofort das Wahlrecht zu den Verwaltungskörperschaften einräumt.

Die weibliche Arbeitskraft in der Eisen- und Metallindustrie.

III.

Wie in den Branchen der übrigen Industrien, so bleibt auch in denen der Eisen- und Metallindustrie der Lohn der weiblichen Arbeitskraft hinter dem der männlichen erheblich zurück. Die Ungleichheit in der Entlohnung wird in der Regel mit der minderen Leistungsfähigkeit der Frau zu rechtfertigen versucht. Im allgemeinen ist ja der Mann der Frau an physischer Kraft überlegen, aber stellt sich der Arbeit des Lastträgers und des Grobschmiedes nicht als gleich oder gar als höher bewertet die des Elektromonteurs und Optikers gegenüber? Und es gibt eine Menge Arbeiter, für welche der Mann viel weniger Geschick entwickelt als die Frau. Die entwickelte, revolutionisierende Technik läßt die Ansprüche an Feinernervigkeit, Präzision, Geschicklichkeit und Aufmerksamkeit der menschlichen Arbeitskräfte stetig wachsen, während die grobe, schwere Arbeit mehr und mehr von mechanischen Kräften übernommen wird. Gerade die Umwälzungen im Produktionsprozeß, welche durch das stärkere Eindringen der Maschine bedingt werden, machen die Veranlagung und Fähigkeiten der Frau für die Gütererzeugung in wachsendem Maße wertvoll. Aber die weibliche Arbeitskraft wird schlechter entlohnt als die der Männer. Weil die Frau als Hausverwalterin und „Untergebene“ des Mannes nur unbezahlte Arbeit verrichtet, ist letzterer leicht geneigt, die Arbeit der Frau als minderwertig zu betrachten. Und das wird von dem Unternehmertum weiblich ausgenutzt.

Soweit Angaben vorliegen über Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen in den hier für uns in Betracht kommenden Berufen, läßt sich folgendes konstatieren: die Frau wird viel schlechter entlohnt als der Mann und am allerschlechtesten bei der rohesten und ungesundesten Arbeit! Sehr umfangreich sind die Angaben leider nicht. Die Leipziger Ortskrankenkasse ist mit der verdienstlichen Arbeit vorangegangen, über die Lohnverhältnisse ihrer Mitglieder dauernd Erhebungen zu veranstalten und das statistisch verarbeitete Material periodisch zu veröffentlichen. Die nachfolgenden Angaben sind ihrer Erhebung vom 28. Februar 1907 entnommen. Die Gesamtmitgliederzahl stellte sich auf 155 058; davon waren 110 326 männlich und 44 732 weiblich. Aus den Gruppen Metallverarbeitung, Maschinen usw. gehörten der Klasse 2540 Arbeiterinnen als Pflichtmitglieder und 111 als freiwillige Mitglieder an. Über den prozentualen Anteil der männlichen und weiblichen Pflichtmitglieder dieser beiden Gruppen an den verschiedenen Lohnklassen geben wir folgende Aufstellung:

Lohnklasse	Metallverarbeitung		Industrie-Maschinen Werkzeuge usw.	
	männl. Mitgl.	weibl. Mitgl.	männl. Mitgl.	weibl. Mitgl.
I 4,51 M. und mehr	32,8	0,2	41,2	0,8
II 4,01 M. bis 4,50 M.	13,0	0,1	15,6	0,8
III 3,51 " " 4,00 "	15,6	0,5	17,9	2,5
IV 3,26 " " 3,50 "	10,6	0,1	7,3	0,9
V 2,51 " " 3,25 "	7,9	3,0	6,4	8,9
VI 2,01 " " 2,50 "	4,4	19,1	2,9	31,8
VII 1,51 " " 2,00 "	—	40,3	—	34,7
VIII 1,01 " " 1,50 "	15,5	36,0	8,7	18,8
IX* 0,61 " " und mehr	0,2	0,7	—	0,8

In der Metallverarbeitung finden wir über 1/3 der beschäftigten Frauen in der Lohnklasse von 1,01 M. bis 1,50 M. und über 1/4 aller Frauen in den beiden Lohnklassen von 1,51 bis 2,00 M.; dagegen verdient 1/3 der Männer über 4,50 M., also mehr wie dreimal so viel als das letzte Drittel der Frauen; und fast 1/2 der Männer erzielen Löhne von über 3,50 M. Nur 1/3 der Frauen kommt über den Lohnsatz von 2,00 M. hinaus, während von den Männern nur 1/10, abgesehen von den Lehrlingen in der Lohnklasse VIII, bis auf den Satz von 2,01 bis 2,50 M. hinabsinkt.

Etwas günstiger gestaltet sich das Lohnverhältnis für die weiblichen Arbeitskräfte in der Industrie der Maschinen und Werkzeuge. Allerdings liegt hier auch das Lohnniveau für die Männer höher, so daß das Verhältnis zwischen Männer- und Frauenlöhnen hier wie dort ziemlich gleich bleibt. Nicht ganz 1/3 der Frauen gehören zur Lohnklasse von 1,01 bis 1,50 M., 1/3 von ihnen zählen zu den Lohnklassen von 1,51 bis 2,50 M. Während in der Metallindustrie nur 1/3 der Arbeiterinnen 2,01 bis 2,50 M. verdienen, erreichen in der Maschinenindustrie fast 1/3 der weiblichen Arbeitskräfte diesen Satz. Über 50 Prozent von ihnen bleiben aber unter 2,00 M. Tagesverdienst, dagegen erzielen von den Männern 56,8 Prozent einen Lohn von über 4,00 M. und 1/3 von ihnen kamen über den Satz von 3,50 M. hinaus. Zwischen den Männer- und Frauenlöhnen besteht demnach eine ganz gewaltige Differenz.

Ähnliche Verhältnisse wurden durch Lohnerhebungen der Ortskrankenkasse in Offenbach a. M. ermittelt. Nach der letzten Zählung im Jahre 1906 waren 14 524 männliche und 4679 weibliche Pflichtmitglieder vorhanden. Von den in der Industrie der Maschinen usw. beschäftigten männlichen Arbeitern verdienten 55,8 Prozent über 4 M., 25,3 Prozent 3,50 bis 3,99 M., 15 Prozent 3,00 bis 3,49 M., 2 1/2 Prozent 2,50 bis 2,99 M. und die übrigen weniger. Von den Arbeiterinnen in dieser Industrie erzielten 10 Prozent Löhne, die sich unter 1,50 M. halten, 27 Prozent erreichen den Satz von 1,50 bis 1,99 M. und einen Tagelohn von 2,00 bis 2,49 M. erlangen 35 Prozent; 11 Prozent bringen es auf 2,50 bis 2,99 M. und 12 Prozent gehören gar zur ersten Lohnklasse. Wenn sich hier die Frauenlöhne auch noch in einem sehr weiten Abstand von den Männerlöhnen halten, so ist das Verhältnis doch etwas günstiger für die Arbeiterinnen.

In der Edelmetallindustrie dürfte der Abstand zwischen Männer- und Frauenlöhnen am geringsten sein; aber trotzdem ergibt sich auch hier eine Differenz von ungefähr 5:9 1/2. Das ist nämlich das Resultat, das man aus dem vom Metallarbeiterverband im Mai 1904 veranstalteten Lohnerhebungen über die Lohnverhältnisse in der Edelmetallindustrie gewinnt. Soweit die ausgegebenen Fragebogen brauchbare Angaben enthielten, erstreckte die Untersuchung sich auf insgesamt 9802 Beschäftigte; davon waren 1714 weibliche Erwachsene, 198 weibliche Jugendliche und 276 weibliche Lehrlinge. Es handelt sich also vielfach um Facharbeit, die eine Lehrzeit voraussetzt, welche auch von Arbeiterinnen absolviert wird. Und trotzdem noch die starken Lohnunterschiede! Es betrug nämlich der Jahresverdienst:

	Für männliche Arbeitskräfte	Für weibliche Arbeitskräfte
In Berlin	1358 M.	735 M.
„ Gmünd	1089 „	660 „
„ Hanau	1203 „	696 „
„ Pforzheim	1138 „	650 „
„ Stuttgart	1151 „	581 „

Diese Aufstellung umfaßt 5177 männliche und 1067 weibliche Arbeitskräfte, und in den Jahreslöhnen sind die Einnahmen durch Überstunden aus Heimarbeit eingerechnet.

* Jugendliche weibliche Mitglieder von 14 bis 16 Jahren und Kinder unter 14 Jahren.

Jahreslöhne von 1100 M. wurden von Frauen in je zwei Fällen in Berlin und Pforzheim erzielt; 16 mal werden Einkommen von 1000 M. ausgewiesen, 13 mal in Pforzheim und 3 mal in Berlin; 76 Arbeiterinnen brachten es auf 900 M., und zwar in Pforzheim 46, in Hanau 9, in Gmünd 14 und in Berlin 7. Ein Einkommen von 800 M. erzielten 120 Arbeiterinnen in Pforzheim, 15 in Hanau, 32 in Gmünd und 17 in Berlin. Mit einem Jahresverdienst von 700 M. erschienen 299 Frauen in der Statistik, 8 in Stuttgart, 163 in Pforzheim, 16 in Hanau, 105 in Gmünd und 7 in Berlin. 260 Arbeiterinnen brachten es auf Jahreslöhne von 600 M., 146 verdienten 500 M., 43 bloß 400 M., und 89 gar nur 300 M. Daß durch die Erhebung des Metallarbeiterverbandes die Löhne der Frauen nicht ungünstiger erschienen, als sie wirklich sind, daß sie sowohl in der absoluten Höhe als auch im Verhältnis zu den Männerlöhnen eher noch zu günstig dargestellt werden, ergibt eine durch den Handelskammersekretär in Hanau auf Grund von Lohnlisten aufgemachte Statistik. Nach derselben stellt sich der Jahresdurchschnittslohn für Männer auf 1206 M., für Frauen auf 631 M. Der Männerlohn erscheint hier um 2 M. höher, der Frauenlohn um 65 M. niedriger als in der Statistik des Metallarbeiterverbandes.

Zammervolle Bezahlung findet die weibliche Arbeitskraft in der Heimarbeit. Im sächsischen Erzgebirge werden in der hausindustriellen Klempnerei männliche und weibliche fremde Kinder für einen Tagelohn bis hinab zu 25 Pf. beschäftigt. In der Nürnberger Spielwarenindustrie werden Wochenlöhne von 6,50 M. erzielt. Bei der Herstellung und Verpackung von Nadeln der verschiedensten Art, Fischangeln, Haken, Öfen, allerlei Knöpfen usw. werden im Niederrheinischen vielfach Frauen verwendet, die dabei Stundenlöhne von 4 bis 8 Pf. herauszuschlagen. Im Belberter Bezirk verdient eine Frau mit Hilfe von zwei bis drei Kindern in der Heimarbeit beim Zusammensetzen und Einpacken von Messingscharnieren wöchentlich 3,80 bis 4 M. Die Solinger Messerindustrie läßt Arbeiterinnen beim Zusammennieten von Schirmschienen Löhne bis 1,50 M. täglich erzielen. In den Tüllinger Betrieben der Feinmechanik werden Frauen beschäftigt, die es bei Akkordarbeiten auf 1 M. bis 1,50 M. bringen.

Nicht besser sind die für Arbeiterinnen in der Hüttenindustrie gezahlten Löhne. In der Regel betragen sie ein Drittel von dem Lohnsatz für Männer. In den Betrieben der Eisendarstellung und Verarbeitung in Oberschlesien wurden im Jahre 1905 Arbeiterinnen mit Jahreslöhnen von 330 bis 360 M. abgespeist; das macht bei 300 Arbeitstagen einen Tagesverdienst von 1,10 bis 1,20 M. Solche Riesensummen zahlt man für die aufreibende und gefährliche Arbeit an Hochöfen, in Eisen- und Stahlgießereien, in Walzbetrieben usw. In den ober-schlesischen Metallhütten gehen die Löhne in den verschiedenen Besuchen etwas weiter auseinander. In Blei- und Silberhütten verdienten im Jahre 1905 Arbeiterinnen 1,40 M. pro Tag, während die erwachsenen männlichen Arbeiter etwas mehr als das Doppelte herauszuschlugen. Dagegen erzielten erwachsene Arbeiterinnen in den Zinkblechwalzwerken im Jahresdurchschnitt nur 254 M., erwachsene Männer konnten 948 M. nach Hause tragen. Nach dem Jahresdurchschnitt belief sich der Tagelohn der Arbeiterinnen in den Rohzinkhütten (außer Jugendlichen), 300 Arbeitstage angenommen, auf 1,21 M. Der Lohn der erwachsenen Männer war annähernd dreimal so hoch; deren Jahresdurchschnitt stellt sich auf 1026 M. Nach einer Aufstellung des Gewerbeinspektors blieb der Tagelohn für Erzarbeiterinnen in Beuthen in den letzten drei Jahren unverändert auf 89 Pf. stehen.

Die Löhne in den Metallhütten müssen bei der glänzenden Rentabilität dieser Betriebe und den ganz enormen Gefahren, die aus den hier zu verrichtenden Arbeiten für Gesundheit und Leben erwachsen, als besonders schäbig und ausbeutend bezeichnet werden. — Im Reiche der schlesischen Magnaten und Zentrumsgrafen weiß man die Frau zu schätzen — als Ausbeutungsobjekt!

(„Der Arbeiter“) bringt in jeder Nummer einen oder mehrere Beiträge von ihm. Aus diesen Beiträgen ist das Buch entstanden. Das Dichten ist Horace Traubel kein ästhetischer Nebenberuf. Er hat den Kampf gegen den Wahnsinn des kapitalistischen Systems, der sein ganzes Leben erfüllt, nicht nur mit der Wucht seiner geistigen Waffen, sondern auch mit seinem ganzen materiellen Vermögen aufgenommen.

Der Dichter ist als Sohn eines deutschen Künstlers im Jahre 1858 in Amerika geboren. Er war Arbeiter, Buchdrucker, Lithograph, Journalist, Kommiss, Laufbursche, Zeitungsaussträger: ein spezifisch amerikanischer Lebenslauf. Gegenwärtig lebt er mit seiner Familie in den bescheidensten Verhältnissen.

Traubel hat starke seelische und stilistische Eindrücke — wenn es erlaubt ist, diese Einheit zum Zwecke der Darstellung zu trennen — von Whitman empfangen. Aber er erfüllte die vornehmste Forderung des Meisters: neben ihm ein Eigener zu bleiben. Von gleichem Drang, von unerschütterlichem Glauben an die Vorwärtseentwicklung der Menschheit beseelt wie Whitman, mußte er von der fortschreitenden Zeit zu größeren Forderungen gedrängt werden. Whitman war Gewissen und Stimme der heißumstrittenen Demokratie. Sein Kulturwille erfaßte Amerika; Traubel umfaßt die Menschheit, er ist konsequenter Kommunist.

Die Ausdrucksform Whitmans hat Traubel fast beängstigend konzentriert. Er hat sich einen ihm eigentümlichen Stil — eine glühende Prosa — geschaffen. Sind seine Gesänge auch von den Ereignissen des Tages veranlaßt: er erhebt seinen Stoff zur Höhe typischer Bedeutung. Kein Ereignis des Klassenkampfes ist vergessen. Seine unbändige sehnachtsvolle Seele kostet alle Möglichkeiten aus, welche der sozialistische Gedanke in sich schließt. Der Sozialismus erscheint als streitende, leidende und triumphierende Kirche zugleich. Schon der Titel der Gesänge läßt ihren Reichtum und ihre Eigenart erkennen. Wir nennen die folgenden: Immer vor allem. — Kein Früh oder Spät. — Weil wir lieben. — Die Welt, wie sie ist. — Der Richter vor Gericht. — Die Männer, die weinen und weitergehen. — Das Blut der Märtyrer. — Was liegt daran? — Du Zivilisation, du große. — Ich schaue der Niederlage offen ins Gesicht. — Schwöre, daß du laut rufen willst. — Der Sturm bricht aus. — Wenn ihr euch zur Tat entschließt. — Wirft du bereit sein? — Ich will mitzählen. — Und es läuft alles darauf hinaus.

Da stehen wir wieder vor einer der Fragen, mit denen Amerika uns überrascht; ein Dichter ist es, der sie uns stellt. Kaum haben wir uns damit abgefunden, daß jenseits des Ozeans eine stärkere sozialistische Bewegung noch nicht möglich ist, da jeder Arbeiter noch das Miltonärs-patent in der Illusion trage — so wird uns von dort ein künstlerisches Werk geboten, dessen starker Lebensodem der Sozialismus ist und dem wir im Lande der sozialistischen Schulung noch nichts an die Seite zu stellen haben. Wir müssen das Werk aus dem bestimmten amerikanischen Milieu heraus zu verstehen suchen. Der Kampf gegen das Kapital wird in Amerika mit einer ungleich heftigeren Leidenschaftlichkeit geführt als vorläufig in Europa. Druck erzeugt Gegendruck, Vertiefung. Selbst kirchliche Gemeinschaften der Vereinigten Staaten sehen wir von starken sozialen Strömungen ergriffen. Am Anfang der amerikanischen Kultur stehen Männer von achtungsgebietender sektiererischer Religiosität, die einen starken sozialen, revolutionären Einschlag hat. Die besten Geister Amerikas stammen aus solchen Sektiererkreisen. Nennen wir nur Emerson, Thoreau, Whitman, so wird uns der geistig-sittliche Gehalt von Traubels Sozialismus verständlich. Als seine Gemeinde sehen wir ein Volk, das Predigten zu lauschen gewohnt ist.

Der Übersetzer der „Kommunistischen Gesänge“ hat sich unseren Dank verdient. Der Laie kann sich keinen Begriff machen von den Schwierigkeiten, die seiner harrten. Ich glaube nicht, daß die Übersetzung im ganzen vollkommen fein kann, als Lessing sie gegeben hat, der Dozent an einer amerikanischen Universität war. Diese Schätzung darf nicht aber nicht verhindern, auszusprechen, daß ich die prinzipielle Verwahrung, die Lessing im Vorwort gegen den Kommunismus Traubels auszusprechen für nötig hält, als eine Unehrerbietigkeit gegen den Dichter und als eine unnötigerweise in das Buch hineingebrachte Dissonanz empfinde. Wie willkommen wäre dagegen eine objektive Darstellung der amerikanischen Verhältnisse gewesen!

Die „Bedruse“ sind sehr gut ausgestattet und mit dem Wilde des Dichters geschmückt. Es ist bedauerlich, daß sie nicht von einem sozialistischen Verlag veröffentlicht wurden. Folgt in einem Verlag für Kunst und Literatur müssen sie leider als literarisch-ästhetische Angelegenheit erscheinen. Die breite agitatorische Wirkung wird ihnen damit vorenthalten. Und sind doch Geist von unserem Geiste! Suchen wir den Schaden nach Kräften auszugleichen; suchen wir das Buch möglichst zu verbreiten und es so zu unserer eigenen Waffe zu machen. Das Wort „Amerikanismus“, das bisher nur rückwärtschweifenden Kapitalgöhdienst bedeutete, hat durch Traubel einen neuen idealistischen Sinn erhalten. In dem idealistischen Amerikanismus Traubels erwächst auch dem europäischen Kapitalismus ein neuer geharnischter Gegner.

Die „Bedruse“ sind vor allem denen zu empfehlen, die den vermeintlichen Widerspruch zwischen materialistischer Auffassung und Willensbetätigung schwer überwinden. Sie wenden sich an die Persönlichkeit und werden nicht müde, das Problem „Persönlichkeit und Gemeinschaft“ in immer neue Betrachtung zu ziehen. Ihrer eindringlichen Sprache widersteht keiner. Sie gehören in jede Arbeiterbibliothek.

Richard Scheid-Paris.

Aus der Bewegung.

Weibliche Delegierte zu dem Internationalen Sozialistenkongress und der Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz zu Stuttgart. Die Leipziger Genossinnen wählten kürzlich in einer öffentlichen Frauenversammlung als Delegierte zum Internationalen Kongress und zur Internationalen Frauenkonferenz für die Genossinnen Sachsens Genossin Luxemburg. Die Genossinnen Fürth in Bayern übertrugen in einer öffentlichen Frauenversammlung Genossin Grünberg das Mandat zur Frauenkonferenz. Die österreichischen Genossinnen haben als Delegierte zum Kongress und zur Frauenkonferenz gewählt: die Genossinnen Freundlich Mähr, Schönberg, Schlesinger, Lippa, Bosched und Popp-Wien.

Von der Agitation. Im Juni referierte die Unterzeichnete in folgenden Orten in Volks- resp. Frauenversammlungen: Elberfeld, Barmen, Düsseldorf, Gernsheim, Krefeld, M.-Gladbach und Alftaden. Die Organisationsfragen waren meist Gegenstand der Vorträge, nur in Düsseldorf stand das Thema zur Behandlung: „Der Steuerzettel, seine Ursachen und Wirkungen.“ Für den Metallarbeiterverband fanden schlecht besuchte Mitgliederversammlungen in Neuss und Gernsheim statt. Eine Interessenlosigkeit sondergleichen zeigt sich trotz des herrschenden Glends in diesen Orten. Die Leitung des Textilarbeiterverbandes in Krefeld bemüht sich das Interesse ihrer Mitglieder für die Organisation wach zu halten; zu diesem Zweck arrangierte sie Bezirksversammlungen. Es wurden drei gut besuchte Versammlungen der Färbereiarbeiter abgehalten. — In Dülken, Rodum und Bonn fanden öffentliche Versammlungen der Textilarbeitergesellschaft statt, die sich eines guten Besuches erfreuten. Über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aus Bonn berichten wir später.

In Lübeck referierte im Juni in einer öffentlichen Frauenversammlung Genossin Weyl aus Berlin über das Thema: „Die Frau als Mittläuferin in der Arbeiterbewegung.“ Sie schilderte das Glend in der Heimindustrie und die winzige Entlohnung der Frauen- und Kinderarbeit in derselben. Schließlich forderte sie die Lübecker Frauen auf, sich zu organisieren und die „Gleichheit“ zu lesen, damit sie bald in die Lage kämen, nach ihren Kräften eine Besserung der Verhältnisse anzustreben. Nach Schluß des mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrags ließen sich denn auch einige Frauen in die Organisation aufnehmen.

Ein Wort des Dankes. Leserinnen und Leser der „Gleichheit“ haben mich zu meinem 50. Geburtstag im reichsten Maße mit Beweisen ihrer Sympathie und Anerkennung bedacht. Sie sind mir ganz besonders wertvoll als Ausdruck der engen, ich bin versucht zu sagen persönlichen Zählung, welche zwischen der „Gleichheit“ und ihrem Leserkreis besteht. Aber was die „Gleichheit“ im Laufe von 16 arbeits- und erfolgreichen Jahren vielen Zehntausenden geworden ist, das ist nicht allein eine Frucht meines Wirkens. Es ist auch der treuen Unterstützung geschuldet, welche die Zeitschrift seitens ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfahren hat, das Wort in seinem weitesten Sinne genommen, so daß es alle begreift, die für die „Gleichheit“ mit der Feder tätig sind, wie alle jene, die durch Ratsschläge ihre Ausgestaltung, durch mühevollen Kleinarbeit ihre Verbreitung fördern. Sie alle haben sich um das Werk der Sammlung und theoretischen Schulung der Proletarierinnen für den Klassenkampf wohlverdient gemacht, das die vornehmste Aufgabe des Blattes ist. Wie sie sich bei der Ehrung solidarisches mir zur Seite. Es ist mir daher ein Herzensbedürfnis, den innigen Dank für alle, deren Liebe mich erfreute, und denen ich nicht persönlich die Hand drücken kann, mit der wärmsten Anerkennung für alle Genannten und Ungenannten zu verbinden, deren hingebungsvolle Mitarbeit die „Gleichheit“ trägt.

Clara Zetkin.

Politische Rundschau.

Nach sechstägiger Verhandlung ist am 2. Juli vor dem Schöffengericht zu München ein Prozeß zu Ende gegangen, der für die Erkenntnis des Wesens der kapitalistischen Kolonialpolitik von erheblicher Bedeutung ist. Peters, der Blutmensch vom Klimandscharo, gibt ihm den Namen. Seine Rehabilitierung sollte die Klage gegen den verantwortlichen Redakteur unseres Münchener Parteiblatts, den Genossen Gruber von der „Münchener Post“ bringen. Aber es handelte sich in diesem Prozeß um mehr als um die Person des Peters. Das System der unverhüllten Kolonialbrutalität kämpfte um seine Anerkennung.

Die kapitalistische Kolonialpolitik entspricht dem Bedürfnis des Kapitalismus nach stetiger Ausdehnung seiner Ausbeutungsgebiete. Da die Eingeborenen sich nicht freiwillig zu Ausbeutungsobjekten und Unterdrückten machen lassen, muß die Kolonisation des Kapitalismus die Verdrängung und Unterdrückung der Eingeborenen, die Verneinung ihrer Gleichberechtigung mit den Weißen übernehmen. Das kann die herrschende Klasse natürlich nicht offen eingestehen. Wie sie den Klassenstaat, das Werkzeug ihrer Herrschaft, vor den Unterdrückten ausgiebt als eine Institution für die Wohlfahrt aller, so behauptet sie auch, Kolonialpolitik zu treiben um des Volkes und auch um der Eingeborenen willen, denen sie die Segnungen der Zivilisation und des Christentums bringen wolle. So lautet die offizielle Lesart. Aber diese verheuchelte Ideologie widerspricht zu sehr den Interessen des Kapitalismus, als daß sie nicht alle Augenblicke durch die Tatsachen Lügen gestraft würde. Die Interessen der Kolonialpolitik wollen sich bereichern, und dazu brauchen sie

Ein amerikanischer sozialistischer Dichter.

Ein reiches Geschenk kommt uns von Amerika. Ein Buch ist erschienen, das uns mit Freude und zugleich mit heiligem Neid erfüllen muß. Horace Traubels „Chants Communal“ liegen uns deutsch vor in der Übersetzung von D. E. Lessing unter dem Titel: „Bedruse. Kommunistische Gesänge“, Verlag Piper & Co., München.

Das Buch hat, wie der Übersetzer im Vorwort mitteilt, in Amerika die verschiedenste Beurteilung erfahren. Den einen ist es zum Evangelium des Sozialismus geworden, von den andern wird es verlacht und ignoriert. Der Dichter ist in der literarischen Welt Amerikas fast nur bekannt als Freund und Schüler Walt Whitmans, eines gewaltigen Sängers der Demokratie, als Herausgeber von dessen Schriften und Führer einer Gruppe begeisterter junger Amerikaner, die sich um das Erbe des verstorbenen Meisters geschart haben. Er gehört einer Kolonie an, die in der Nähe von Philadelphia auf kooperativer Grundlage begründet worden ist. Mögen die Allzuhehnsüchtigen sich durch eine lebenswürdige Täuschung ein Stück der Erfüllung vorwegnehmen — über den sehr beschränkten Wert solcher miniaturekommunistischen Gründungen besteht heute kein Zweifel mehr. Wir können aber verstehen, was diese Gemeinschaft dem Dichter als Resonanzboden seiner sozialen Ideen bedeutet.

Traubel ist kein Tagespolitiker — aber die in New York erscheinende sozialistische Wochenschrift „The Worker“

den unwissenden, bedürfnislosen und vor der Macht der Weißen zitternden Schwarzen. Rücksichtslos haben ihre Vertreter diesen Standpunkt verkündet, und weil Peters von diesem Standpunkt aus gehandelt hat, ist er ihr Mann. Er ist der Bannerträger des Systems der Brutalisierung der Eingeborenen. Um dieser Eigenschaft willen wurde er von der Clique, die seinen Namen trägt, aufs Schild gehoben. Persönliche Gegensätze innerhalb der Kolonialbureaucratie spielen dabei mit, im wesentlichen aber handelte es sich bei der Münchener Aktion um einen Vorstoß gegen die offizielle Heuchelei von der zivilisatorischen Mission der Kolonialpolitik, um die Anerkennung des unumschränkten Herrenrechts der Weißen über die Schwarzen. Denn jene Fiktion des humanitären Zweckes, so fadenförmig sie auch ist, bedingt doch gewisse kleine Einschränkungen dieses Herrenrechts, die den Kolonialinteressenten bei all ihrer Seriosität schon lästig sind. Und da das Zentrum, das wegen seiner Stellung zu den Missionen auf die offizielle Humanitätsheuchelei besonderen Wert legen muß, nicht mehr Regierungspartei ist, so schien die Gelegenheit günstig, die öffentliche Meinung und die Kolonialbureaucratie für das System der kolonialen Ausbeutung und Unterdrückung sans phrase zu bearbeiten. Zugleich hoffte man, in der Person des Peters eine schätzenswerte erste Kraft in der Anwendung dieses Systems für die deutsche Kolonialpolitik wieder zu gewinnen.

Freilich geht auch bei der durch Peters vertretenen Kolonialbrutalität nicht völlig ohne beschönigende Heuchelei ab. Die Konquistadoren der Gegenwart wagen es nur in vertrautem Freundeskreise, sich als jenseits von Gut und Böse stehende „Abermenschen“ zu geben und mit blutigen Untaten als Zeugnissen ihres Heldentums zu brüsten. Vor der Öffentlichkeit gerieren sie sich als die zwar strengen, aber korrekten Vertreter einer durch den Zwang der Umstände gebotenen Taktik der Repressalien. Sie haben allemal die außerordentlichen Zustände Afrikas und bedrohliche Kriegszustände bereit, um ihre Taten auch dem moralischen Philister schmachhaft zu machen. So Peters und seine Sachverständigen. Was an sich Mord, schwere Körperverletzung und brutaler Amtsmissbrauch ist, diese Kette wüster Grausamkeiten, die uns anmuten wie die Ausgeburt eines an Gafarenwahnsinn erkrankten Hirns, das alles soll gerechtfertigt werden durch den angeblichen Kriegszustand. Peters soll nur deshalb im Blute gewatet haben, um das Leben der ihm anvertrauten Weißen zu sichern. Man braucht auf die Autorität der Liebert und Konforten es keineswegs als erwiesen anzunehmen, daß der Kriegszustand solche Grauel rechtfertigt. Peters Rechtfertigung steht und fällt jedenfalls gerade nach den Bekundungen seiner Sachverständigen mit der Bejahung oder Verneinung der Frage, ob am Kilimandscharo Kriegszustand herrschte. Diese Frage muß aber aufs Entschiedenste verneint werden. Die Sachverständigen von Bennigsen und Professor Dr. Volkert, die im Prozeß selbst leider nicht aufgetreten sind, sich aber nachher in der „Kölnischen“ und in der „Wossischen Zeitung“ äußerten, haben in eingehendster Weise gezeigt, daß Peters Station von deutschfreundlichen Stämmen umgeben war. Letztere haben selbst nach Peters Untaten und in äußerst kritischen Zeiten der deutschen Herrschaft die Kreuze gewahrt. Damit sind die Gutachten der Petersfachverständigen, vor allem das des Reichslügenverbandsgenerals Liebert, als wertlose Meinungsäußerungen gekennzeichnet. Zudem haben verschiedene inzwischen erschienene Berichtigungen die Beweisraft und Zuverlässigkeit jener Gutachten nicht schwerwiegender charakterisiert, als die meisten Behauptungen des Reichslügenverbands. Fällt aber der Kriegszustand, so erweisen sich alle Gründe, die Peters für das Vorgehen gegen seine Opfer anführte, als elende Bormände. Der Einbruch des Madrak mußte mit dem Tode bestraft werden, da es bei dem bestehenden Kriegszustand notwendig war, die Autorität der Weißen zu wahren. Existierte aber kein Kriegszustand, so müssen andere Motive bestimmend gewesen sein. Da drängt sich von selbst die nabeliegende Annahme auf, daß Peters an den Schwarzen lediglich Rache nahm wegen seiner Beziehungen zu den Stationsweibern. Für die Zurückholung und Auspeitschung der drei Weiber entfällt auch die leiseste Rechtfertigung, es bleibt lediglich die Willkürhandlung eines racheschnaubenden Paschas, der seine Amtsgewalt mißbraucht zur Befriedigung seiner Lüste. Ebenso im Fall der Jagodja. Die Mißhandlung und Hinrichtung dieses Weibes ist ein Exempel ausgefuchtester Bestialität. Für die Entfernung von der Station, wozu sie absolut berechtigt war, wird die Jagodja in Ketten gelegt und auf die brutalste Art und Weise immer aufs neue ausgepeitscht, bis ihr Gesäß „zu Hackfleisch“ geworden ist. Die Gemarterte benutzt eine Gelegenheit zur Flucht, wie nur zu begreiflich, und wird dafür — gehängt. . .

Die Urteile der Disziplinarinstanzen kennzeichnen Peters als einen Menschen, der ins Zuchthaus hätte wandern müssen, wenn es nicht infolge schmählicher Versäumnis der Kolonialverwaltung zurzeit seiner Amtsführung kein Strafgesetz in den Kolonien gegeben hätte. Jene Urteile aber sind trotz aller Schimpfworte, die der Petersfachverständige Liebert über sie ausgegossen, durch die Beweisaufnahme zu München nicht im mindesten erschüttert. Allein die Zeugnisse des Unteroffiziers Wüßelm und des Majors Donath genügte, um alles wieder wett zu machen, was Peters etwa durch die abgeblasste Erinnerung und den Tod einiger Zeugen gewonnen hätte. In den Geheimnissen der Regierung aber ruhen die Petersakten, und die Genehmigung zur Aussage jener Personen, die als Beamte von dem Material gegen Peters genauere Kunde hatten, wurde im angeblichen Staatsinteresse verweigert.

Das Münchener Schöffengericht hat den Genossen Gruber wegen formaler Beleidigung zu 600 M. Geldstrafe ver-

urteilt, auch hat es in den Urteilsgründen im Gegensatz zu den Disziplinarurteilen Peters den guten Glauben an die Rechtmäßigkeit seiner Handlungen attestiert und erklärt, daß bei der Hinrichtung der Jagodja Eifersucht nicht mitgewirkt habe. Es fragt sich indes, inwieweit diese Meinung der Richter durch die inzwischen in ihrer ganzen Wertlosigkeit enthüllten Gutachten der Petersfachverständigen mitbestimmt wurde. Das deutsche Volk, soweit es nicht vom Kolonialtaumel erfaßt ist, lehnt jedenfalls diese Auffassung des Münchener Gerichtes ab. Die Sozialdemokratie vor allem hat keinen Anlaß, ihr Urteil über Peters zu revidieren. Die Verhandlungen zu München haben in ihren Augen lediglich die moralische Vernichtung dieses Menschen vollendet. Wenn die Bourgeoisie und die in ihrem Gefolge befindlichen Intellektuellen, wenn die Ordnungspresse mit wenigen Ausnahmen von einem Triumph Peters spricht und ihn in wildem Jubel zum Nationalhelden macht, so beweist das nur, wie die Eier nach Kolonialbente über alles moralische Empfinden steigt. Es ist die Solidarität der Mitschuldigen, die Peters freispricht. Denn wer Kolonialpolitik will, der gibt einen Freibrief für Kolonialgruel, die von ihr untrennbar sind. Zugleich aber gibt sich in dieser Bejubelung des Blutmenschen das Bekenntnis der Bourgeoisie zu jenem System der Kolonialpolitik kund, das sich der Heuchelei der zivilisatorischen Mission entledigt und den Eingeborenen lediglich als Ausbeutungssubjekt wertet. So steht die neue Dernburgsche Ara der Kolonialpolitik ein.

Abgesehen sind die Petersprozesse noch nicht zu Ende. Neue stehen bevor und das Urteil von München wird noch mehrfach nachgeprüft werden können. Gespannt darf man darauf sein, ob Dernburg, der angeblich nichts vertuschen will, schließlich noch die Petersakten herausgeben wird. Die kommenden Prozesse dürften noch weitere Enthüllungen über das Treiben der Peters-Lique bringen, die mit allen Mitteln der Intrigue dahin gearbeitet hat, diejenigen Stellen der Kolonialbureaucratie, die sich der Rehabilitierung Peters widersetzen, gefügig oder unschädlich zu machen. Die unsauberste Rolle hat dabei der bekannte freikonserervative Reichstagsabgeordnete Dr. Arendt gespielt, der in dem Prozeß unter Eid ableugnete, den verstorbenen Kolonialdirektor Dr. Kayser in seiner Wohnung auf dem Krankenhause bedroht zu haben, eine Tafel, die nachher durch das gleichlautende Zeugnis der Witwe des Verstorbenen und seines Tagebuches erwiesen wurde. Daß wegen dieses auffälligen Widerspruchs gegen den Zeugen Arendt von amtlicher Seite etwas unternommen worden wäre, davon hat man bis jetzt nichts gehört.

Das jüngste preussische Ministerium hat sich durch die offiziöse Mitteilung an die Liberalen eingeführt, daß es keine — selbst nicht die bescheidenste — Landtagswahlreform machen wird! So werden die Wackelkinder des Liberalismus belohnt.

In Frankreich hat das Ministerium im Gebiet der Wingerbewegung Blut fließen lassen. Die republikanische Mehrheit der Kammer billigt beziehungsweise ein solches Vorgehen aus Haß gegen den Sozialismus und Furcht vor der proletarischen Bewegung. H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Zu den größten praktischen Leistungen, welche die moderne Arbeiterbewegung — freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie vereint — aufzuweisen hat, gehören die Arbeitersekretariate. Wie hoch diese auf den Mitteln der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften errichteten Rechtsauskunftsstellen von der minderbemittelten Bevölkerung geschätzt werden, geht daraus hervor, daß die Neugründung solcher Institute in den letzten Jahren besonders lebhaft war. Nach der Statistik, die soeben von der Generalkommission über die Tätigkeit der Arbeitersekretariate veröffentlicht wurde, bestanden im Jahre 1906 bereits 85 Sekretariate, während 1901 erst 35 vorhanden waren. 365182 Auskunftsuhende, darunter 52206 weibliche Personen, nahmen die Hilfe der Arbeitersekretäre in Anspruch. Der weitaus größte Teil der Auskünfte berührte das Gebiet der Arbeiterversicherung, und davon wiederum das der Unfallversicherung am stärksten. Aber 300000 M. kosteten den organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen die Sekretariate, an deren gegenständlichem Wirken für die rechtsunkundige Arbeiterbevölkerung kein verständiger Mensch mehr zweifelt. Auf gegnerischer Seite ist man frampfhaft bemüht, diese Institution nachzuahmen, der das Vertrauen der Minderbemittelten uneingeschränkt zuteil wird. In diesem Zwecke werden sogenannte städtische Rechtsauskunftsstellen errichtet, die um so mühseliger zustande gebracht werden können, als der Steuerfädel dafür zur Verfügung steht. Aber dem Wirken der Arbeitersekretariate können es solche städtische „Auskunftsstellen“ nicht gleich tun, die dem Recht der Arbeiter nicht warm und nicht kalt gegenüberstehen. Darüber darf die hohe Zahl der Auskünfte, die sie erteilen, nicht täuschen. Der einer solchen Auskunftsstelle vorstehende städtische Beamte vermag sich als früherer Magistrats- oder gar Polizeisekretär nicht in die Leiden und Bedrückungen der armen Bevölkerung hineinzudenken. Er kann sich im Ernstfalle auch kaum mit Beschwerden gegen die Behörden wenden, da er sich wegen seiner Beziehungen zu denselben vor jedem Zusammenstoß mit ihnen hüten muß. Auf diesen Gegensatz zwischen der Interessenvertretung der Arbeiterbevölkerung durch die Arbeitersekretariate einerseits und die städtischen Rechtsauskunftsstellen andererseits soll an dieser Stelle hingewiesen werden, weil gerade viele Arbeiterinnen sich an die letzteren um Rat und Hilfe zu wenden pflegen. In den weitaus meisten Fällen, in denen es sich nicht bloß um die Formulierung von Gesuchen usw. handelt, wird der Arbeitersekretär die Rechte der Hilfsbedürftigen viel energischer zu wahren wissen, als der städtische

Beamte; das sollte sich jede Arbeiterin für vorkommende Fälle merken!

Außer dem Bauarbeiterstreik in Berlin, der noch immer ein wenig verändertes Bild zeigt, sind größere Arbeitskämpfe zurzeit nicht zu verzeichnen. Zu kleineren Scharmühen werden die Arbeiter in den großen Industrien, wie in der Metall-, Holz-, Textil- und Schuhindustrie ja ständig gezwungen. So haben die Textilfabrikanten in Landsbut wieder einmal die schlaue Idee ausgeheckt, die Organisation dadurch treffen zu wollen, daß sie den Nichtverbandsmitgliedern Beschäftigung gewähren, während gegen die Verbandsmitglieder die Kündigung aufrecht erhalten bleibt. — In verschiedenen Orten der Strumpfindustrie im Erzgebirge ist die 10stündige Arbeitszeit zur Einführung gelangt. Damit reißt sich ein neuer Erfolg den vielen Errungenschaften an, die der Textilarbeiterverband bereits betreffs Verkürzung der Arbeitszeit verzeichnen kann. — In der Fränkischen Schuhfabrik in Mering setzte das Personal kleine Lohnaufbesserungen durch, so die Stepperinnen. Da jedoch die Arbeitsverhältnisse miserable sind, wird sich die Arbeiterchaft an den äußerst minimalen Zugeständnissen nicht lange genügen lassen. — In Gießen sind über 1000 Tabakarbeiterinnen und 100 Arbeiter ausgepeert. Die sattfam bekannten traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Gießener Zigarrenfabriken und die Willkür der Unternehmer, die wiederum einen Versuch wagten, die Organisation der Arbeiter zu zertrümmern, haben den Konflikt heraufbeschworen. Der Verband der Tabakarbeiter sieht sich nunmehr veranlaßt, um Beiträge zur Unterstützung der im Kampfe befindlichen Tabakarbeiterinnen und Arbeiter zu bitten, die an die Generalkommission der Gewerkschaften per Adresse S. Kluge, Berlin SO 16, Engelfufer 15 IV einzusenden sind.

Mit den Arbeitsverhältnissen in der Damenkostümbbranche beschäftigte sich unlängst eine Konferenz der Arbeitnehmer der genannten Branche für Rheinland und Westfalen. Besonders geklagt wurde über äußerst niedrige Löhne, über hochmütige und beleidigende Behandlung von seiten der Direktrinnen und Zuschneider, sowie über die Konkurrenz der Beamtensfrauen und -Töchter usw. Es wurde beschlossen, den Hauptvorstand des Schneiderverbandes aufzufordern, eine Konferenz der Arbeiterchaft der Damenkostümbbranche für das ganze Reich einzuberufen. Auf derselben soll die Grundlage zu einer wirksamen Agitation, wie auch die Schaffung eines Einheitslöhns mit festnormierten Wochenlöhnen und Gewährung der 9stündigen Arbeitszeit angebahnt werden. — Eine Tarifbewegung der Herren- und Knabenkonfektionschneider und -Schneiderinnen in Berlin zeitigte annehmbare Erfolge für die Arbeiterinnen.

Zwei Verbände feiern Jubiläen. Der Löfferverband feiert auf ein 15jähriges, der Handlungsgehilfenverband auf ein 10jähriges Bestehen zurück. Beide Organisationen feiern dieses Ereignis in Artikeln, die Rückblicke auf die Entwicklung der Verbände in dem angegebenen Zeitraum werfen. Der Löfferverband hat seine Mitgliederzahl von 4000 auf 12000 erhöht. Dagegen kam der Handlungsgehilfenverband leider keinen so großen Zuwachs an Mitgliedern verzeichnen. Die Handlungsgehilfen kommen dank ihrer Rückständigkeit nicht zu einer wirklichen Interessenvertretung; sie ziehen es vielmehr vor, den harmoniebuseligen „nationalen“ Kaufmannsvereinen nachzulaufen. Dennoch zeigt der Verband eine stete Aufwärtsentwicklung, und seine Aufklärungsarbeit in dem Tätigkeitsgebiet, das ringsum von Feinden umgeben ist, darf nicht gering angeschlagen werden.

Der Verbandstag der Buchbinder hat einige Beschlüsse gefaßt, die für seine weiblichen Mitglieder besonders wichtig sind. Er nahm die Resolution Pfihe-Gröndhoff an, die unter anderem auch betont, daß ein Hauptaugenmerk der Agitation darauf gerichtet sein müsse, die weiblichen Arbeitskräfte dem Verband zuzuführen. Er beschloß des weiteren dem Antrag Guth entsprechend, daß der Vorstand gehalten ist, eine agitatorisch tüchtige Kollegin anzustellen, welche die gewerkschaftlichen Unterrichtskurse besucht hat, und die sich besonders der Agitation unter den Arbeiterinnen widmen soll. Die Zeit der Anstellung und der Wohnsitz der Agitatorin bleiben dem Ermessen des Vorstandes überlassen. Der Verbandstag trat endlich einer Resolution bei, welche von Genossin Koszielniak eingebracht worden war, der einzigen weiblichen Delegierten, die am Verbandstage teilnahm. Die Resolution lautet: „Der Verbandstag erkennt die Notwendigkeit einer intensiveren Agitation und Aufklärung unter den weiblichen Mitgliedern unseres Verbandes an und hält als eines der Mittel zu diesem Zweck die größere unentgeltliche Verbreitung der „Gleichheit“ für wünschenswert. Er empfiehlt deshalb dem Verbandsvorstand, den an ihn gestellten diesbezüglichen Anträgen der in Frage kommenden Verwaltungskörperschaften auch in finanzieller Hinsicht die weitgehendste Unterstützung zuteil werden zu lassen.“

Was wir bereits früher als unrecht hervorgehoben: daß die 8600 weiblichen Mitglieder nur durch eine einzige Delegierte vertreten waren, während die ca. 12000 männlichen Mitglieder 58 Delegierte hatten, wurde im Laufe der Verhandlungen von Smolath-Erfurt gerügt. Daß weibliche Mitglieder mit dem gleichen Verständnis und Eifer und dem gleichen Nutzen für die Entwicklung der Organisation wie Männer an allen gewerkschaftlichen Arbeiten und auch an den Verhandlungen eines Verbandstages teilnehmen können, das ist im Buchbinderverband durch das Wirken einiger Kolleginnen schon längst bewiesen, das wurde auch neuerlich durch den Anteil bestätigt, den Frau Koszielniak an den Beratungen nahm. Und bedürfte es eines weiteren Beispiels, so hat es

gerade auch der letzte Verbandstag gebracht durch die Ausführungen, die Genossin Thiede in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende des Verbands der Buchdruckerhilfsarbeiter und Arbeiterinnen zu der wichtigen Frage machte, wie berufsverwandte Verbände sich gegenseitig fördern und insbesondere auch bei Tarifabschlüssen unterstützen können. — Durch die Einführung von Staffelbeiträgen — für Arbeiterinnen von 20 und 30 Pf., für Arbeiter von 50 und 60 Pf. — soll den schlechtentlohnenden Berufsangehörigen, besonders den zahlreichen Kartonagearbeiterinnen in den kleinen Städten des schlesischen und sächsischen Industriebezirks der Eintritt in den Verband erleichtert werden. Der Verbandstag lehnte es ab, die Invalidenversicherung einzuführen, dagegen wurde die Krankenunterstützung, die bisher nur für die weiblichen Mitglieder bestand, auch für die männlichen Mitglieder eingeführt. Einen beträchtlichen Raum der Verhandlungen nahmen bedauerlich genug die Streitigkeiten ein zwischen den Verbandsbeamten, sowie zwischen dem Vorstand und der Berliner Zahlstelle. Sie haben sich seit der Sitzverlegung des Verbandes von Stuttgart nach Berlin entwickelt und wahrlich nicht zur Kräftigung des Verbandes nach innen und außen beigetragen. Hoffentlich werden sie bald durch den guten Willen der Beteiligten überwunden.

Der Hafnarbeiterverband hat in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres 250 000 Mk. für Streiks ausgegeben, die Mitglieder sollen deshalb einen Extrabeitrag von 6 Mk. in 50 Pf.-Marken zahlen. — Der Vorstand des Schuhmacherverbandes beruft zum 16. August einen internationalen Kongress nach Stuttgart ein.

Der Schuhmacherverband zeigt durch eine Statistik, die neulich im Fachblatt veröffentlicht wurde, daß er ein sehr kampfreiches Jahr hinter sich hat. 55 Angriffs- und 20 Abwehrstreiks hat er 1906 zu bestehen gehabt. In 253 Orten wurden Lohnforderungen gestellt, die 3446 Betriebe mit 31 424 beschäftigten Personen betrafen. Dazu kamen in 2026 Betrieben Aussperrungen, an denen 12 107 Personen beteiligt waren. Für Streiks und Aussperrungen verausgabte der Verband rund 200 000 Mk. Die Lohnbewegungen brachten für 7389 Personen 30 000 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche und für 9224 Personen 18 338 Mk. Lohn-erhöhungen. Ein guter gewerkschaftlicher Erfolg!

In der Klassenbewußten deutschen Gewerkschaftsbewegung gibt es trotz aller Lehren der Ereignisse, die nach Zusammenfassung aller Kräfte, nach Einheitlichkeit und Zentralisation drängen, noch immer Sonderorganisationen. Es sind die der sogenannten „Lokalorganisationen“. Bekanntlich hatte der Parteivorstand der Sozialdemokratie vom Mannheimer Parteitag den Auftrag erhalten, in Verbindung mit der Generalkommission den Versuch zu unternehmen, dieselben zum Abtritt zu den Zentralverbänden zu bewegen. Es sollte eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation aller Arbeiter geschaffen werden, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Die vereinten Bemühungen des Parteivorstandes und der Generalkommission sind an der ablehnenden Haltung der Lokalorganisations gescheitert. In einem Artikel in der „Einigkeit“ erklärte diese brüß, daß die Sache für sie erledigt sei und daß sie nicht Lust verspürten, durch fortwährende Einigungsversuche von außen her die Fortentwicklung ihrer Gewerkschaften stören zu lassen. Ein Verhalten, das im Interesse der Schlagfertigkeit der organisierten Arbeiter nicht bloß aufs tiefste bedauert werden muß, sondern scharfe Mißbilligung herausfordert. Die Gründe, welche für die Ablehnung geltend gemacht werden, bestehen nicht vor einer ernstlichen, unbefangenen Prüfung. Parteivorstand und Generalkommission werden nunmehr mit den einzelnen Gewerkschaften in Verhandlung treten, um sie zum Anschluß an die Zentralverbände zu veranlassen. Hoffentlich wird damit das gewünschte Resultat erzielt. Es würde das der Gewerkschaftsbewegung zum Nutzen gereichen. #

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Eine erste Dienstbotenversammlung zu Düsseldorf, die leider nur recht mäßig besucht war, fand im Juni statt. Es waren mehr Herren und Damen der bürgerlichen Gesellschaft erschienen als Dienstmädchen. Die Mädchen folgten den Ausführungen über „Herrschen oder Dienen“ mit gespannter Aufmerksamkeit, die Ausführungen lösten manche Zustimmungssäußerung bei den Proletarierinnen aus, und wider Erwarten groß war die Zahl der Mädchen, die sich als Mitglieder in den zu gründenden Verein meldeten. Der erste Schritt zur Dienstbotenorganisation ist getan, ihm werden weitere folgen trotz aller Hemmnisse, die dem Unternehmen entgegensteht. W. Kähler.

Zurück der Gefindeordnung. In Elbing ist wieder ein Dienstmädchen als Opfer der Gefindeordnung freiwillig in den Tod gegangen. Nach Meldungen bürgerlicher Zeitungen fühlte sich das Mädchen im Dienste „unglücklich“ und wollte denselben verlassen, wurde jedoch daran verhindert. Das Los der Armen muß unerträglich gewesen sein, denn das Mädchen verließ die Stadt und warf sich auf freiem Felde aus Verzweiflung auf das Geleise eines Güterzugs. Die Leiche war furchtbar verstümmelt. Der Vorfall beweist, wie notwendig es ist, daß die Hausangestellten geschlossen gegen die Gefindeordnung ankämpfen. ck.

Frauenstimmrecht.

Das Wahlrecht der irischen Frauen zu der Landtagskammer, welche die englische Regierung als Zentralorgan der nationalen Selbstverwaltung für Irland schaffen will, wird von der betreffenden Gesetzesvorlage vorgezogen.

Die Ratkammer soll auf drei Jahre gewählt werden und aus 107 Mitgliedern bestehen, 82 gewählten, 24 ernannten und dem Unterstaatssekretär. Die Wahl der 82 Vertreter des irischen Volkes in der Kammer soll nach den Bestimmungen des Gemeindevahlrechts erfolgen, das auch die Frauen besitzen.

Die Einführung beziehungsweise Wiederherstellung des passiven Frauenwahlrechts zu den County- und Borough-Councils in England, Organen der lokalen Selbstverwaltung, ist vom Oberhause in zweiter Lesung beschlossen worden.

Das Frauenwahlrecht in der Schweiz. Die Vorlage eines neuen Wahlgesezes für den Kanton Zürich anerkannte auch den Frauen das Stimmrecht für Schulfragen, Armenverwaltung und kirchliche Angelegenheiten. Das Referendum (Vollstimmung über Gesetzesvorlagen) entschied jedoch am 12. Mai gegen die Vorlage.

Die Bewegung für das Frauenwahlrecht in Russland macht rasche Fortschritte. Die „Frauen-Union für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes“, die voriges Jahr gegründet worden ist, hat der Duma, kurz ehe diese vom Selbstherrschern aller Reußen auseinandergejagt wurde, eine Petition für das Frauenwahlrecht eingereicht, die von mehr als 11 000 Frauen unterzeichnet worden war. Die genannte frauenrechtlerische Organisation hatte sich auch an die verschiedenen Parteien der Duma gewandt und sie zum Eintreten für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes aufgefordert. Die Parteien der Sozialdemokratie, der Arbeitspartei und der Rabetten empfangen die Frauendeputation mit dem größten Entgegenkommen und versicherten ihr Eintreten für das Frauenrecht.

Die Einführung des Frauenwahlrechts zu dem Parlament von Oklahoma ist von dem Konvent abgelehnt worden, welcher mit der Ausarbeitung einer Verfassung für das Land betraut ist, das sich aus einem Territorium der großen nordamerikanischen Union zu einem Staate umbildet. Die Frauenrechtlerinnen entfalten daher eine eifrige Agitation, um den Verfassungsentwurf in der Volksabstimmung zum Scheitern zu bringen, die über ihn entscheidet. Sie hoffen, daß ein neuer Verfassungsentwurf dann den Frauen das Wahlrecht zuerkennen werde.

Agitation für das Frauenwahlrecht in Frankreich. Neun französische Frauenvereine haben öffentlich große Plakate anschlagen lassen, in denen sie das Frauenwahlrecht fordern. Sie verweisen darin auf die staatsbürgerlichen Rechte, welche die französischen Frauen vor der großen Revolution besessen haben.

Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswesens.

Eine gerichtliche Entscheidung über Frauenarbeit in Steinbrüchen. In der Nähe Meißens hatten Steinbruchbesitzer Steine schlagen und in einiger Entfernung von den Brüchen von Frauen zerkleinern lassen. Daraufhin wurden die Unternehmer in Strafe genommen, weil das Gesetz vom 26. März 1902 die Beschäftigung von Frauen in Steinbrüchen als zu hart und gesundheitsgefährlich untersagt. Gegen das Urteil erhoben die Besitzer den Einwand, die Frauen seien nicht im Steinbruch selbst bei der Rohaufarbeitung, sondern nur bei der Teilaufarbeitung beschäftigt worden. Rohaufarbeitung und Teilaufarbeitung seien ganz verschiedene Begriffe. Das Oberlandesgericht Dresden als höchste Instanz erkannte jedoch die Verurteilung der Steinbruchbesitzer als zu Recht erfolgt, denn bei der Steingewinnung sei Rohaufarbeitung mit Teilaufarbeitung gleichbedeutend. Die von den Frauen ausgeführte Arbeit der Zerkleinerung größerer Steine falle unter den Begriff der Rohaufarbeitung, und die Verwendung weiblicher Arbeitskräfte dabei sei unstatthaft und gesetzlich unzulässig. Ob die als Roharbeit aufzufassende Zerkleinerung der Steine im Steinbruch selbst oder etwas davon entfernt vorgenommen werde, läme weiter nicht in Betracht.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Die letzte Jahreskonferenz der englischen Arbeiterinnenliga hat beschlossen, der Labour-Party (Arbeiterpartei) beizutreten. Dem nächsten Kongress dieser Organisation soll ein entsprechender Antrag vorgelegt werden. Die Konferenz der Biga beschäftigte sich mit der Arbeitslosigkeit, der Kinderarbeit und dem Frauenstimmrecht.

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Eine Statistik über Frauenlöhne in München. Das statistische Amt der Stadt München hat unlängst Lohnermittlungen angestellt, die das Elend in der Entlohnung gewerblicher Frauenarbeit ziffernmäßig beleuchten. Von 3529 gewerblich tätigen — also einem Fünftel aller in München beschäftigten — Frauen liegen vollständige Angaben über Mindest-, Durchschnitts- und Höchstlöhne pro Woche vor. Danach stellt sich der Mindestlohn bei 1561 (also der Mehrzahl aller Frauen!) auf wöchentlich 7,50 bis 10 Mk., der Durchschnittslohn bei 1693 auf 10 bis 12,50 Mk., und der Höchstlohn bei 1076 auf nur 15 bis 17,50 Mk. Es liegen also über vier Fünftel aller Durchschnittslohne zwischen 10 und 15 Mk. Nur 10 Prozent der befragten Arbeiterinnen verdienen ein paar Mark mehr, und über 17,50 Mk. geht der Durchschnittslohn nur bei verschwindend wenigen hinaus. Fast 8 Prozent der Arbeiterinnen bleiben aber noch hinter dem Durchschnittslohne von 7,50 Mark pro Woche zurück. Das sind

Ziffern, die in eindringlicher Sprache von einer Unsumme materieller Not und sozialer Entwürdigung reden! Nach den Ermittlungen derselben Behörde bewegt sich die Entlohnung der männlichen Arbeiterschaft Münchens zu zwei Dritteln in den Lohnstufen von 20 bis 30 Mk. pro Woche. Hieraus ergibt sich der auffallende Abstand zwischen der Entlohnung der Frauen- und der Männerarbeit, daß letztere gerade doppelt so hoch gewertet wird wie die erstere. Der Bearbeiter der Erhebungen zieht aus diesem Mißverhältnis die allgemeine Schlussfolgerung: „Die Frau verrichtet regelmäßig die einfachen mechanischen Arbeiten und steigt nur selten zu qualifizierter Arbeit auf.“ In der Tat kommen nur ganz vereinzelte „qualifizierte“ weibliche Arbeitskräfte an die mittleren Lohnstufen der Männer heran, so zum Beispiel besonders geschickte Damenschneiderinnen, Vorarbeiterinnen in Dampfwäschereien, Porzellan- und Emaildruckerinnen und Schuhstepperinnen. Am besten bezahlt werden erstklassige Köchinnen im Gastwirtsbetriebe.

Das von amtlicher Stelle entrollte traurige Bild der Mißachtung gewerblicher Frauentätigkeit, wie sie in den zum Teil empörend niedrigen Löhnen ihren Ausdruck findet, wird den arbeitenden Frauen Münchens eine energische Mahnung sein, ihre Kräfte zusammenzuschließen. Der kühle Hinweis des Statistikers, daß die Frauen meist nur einfache mechanische, seltener „qualifizierte“ Arbeiten verrichten (was sich wie eine schüchterne Beschönigung der unwürdigen Lohn-drückerei ausnimmt) kann die arbeitende Frau jedenfalls nicht veranlassen, sich mit den jämmerlichen Lohnverhältnissen stillschweigend abzufinden. Vielmehr wird die durch diese Lohnerhebungen dokumentierte Unhaltbarkeit ihrer Lage die Arbeiterinnen erkennen lassen, daß es für sie notwendig ist, sich durch politische Aufklärung immer mehr zum Klassenbewußtsein zu erziehen. Die gewerkschaftliche Organisierung, die ihnen einzig die Möglichkeit bieten kann, sich menschenwürdigeren Lohnbedingungen zu erkämpfen, wird ihnen mehr und mehr als eine unabwendbare Pflicht erscheinen. Die junge Münchener Frauenbewegung wird das ihre dazu beitragen, daß die noch schlummernden Kräfte geweckt werden!

Frauen in liberalen Berufen.

Als Kassenärztin der Postkrankenkasse Leipzig ist auf Antrag des Leipziger Vereins der Post- und Telegraphenbeamtinnen Dr. med. Anna Moesta angestellt worden.

Ein weiblicher Techniker in Hamburg. In einem Ingenieur- und Architektenbureau Hamburgs ist eine Korwegerin als vollwertig ausgebildete Technikerin tätig. Die Dame hat in der Kunst- und Handwerkerschule zu Christiania die nötigen beruflichen Vorkenntnisse erworben und dann an der Technischen Hochschule zu Hannover ihre Ausbildung vollendet.

Fürsorge für Mutter und Kind.

Die Säuglingsfürsorgestellen der Stadt Berlin sind von fünf auf sieben vermehrt worden. In diesen Fürsorgestellen wird jeder unbemittelten Mutter über die zweckmäßige Ernährung und Wartung ihres schwachen oder kranken Säuglings unentgeltlicher Rat erteilt. Im Bedarfsfall wird stillenden Müttern eine Geldunterstützung, nicht stillenden Milch zu ermäßigten Preisen oder auch ganz umsonst gewährt. Die Inanspruchnahme der Fürsorgestellen war bisher eine rege, so daß eine Erweiterung dieser Einrichtung dringend nötig wäre.

Unentgeltliche Geburtshilfe in der Schweiz. In der kleinen Landgemeinde Graffthal bei Winterthur (Kanton Zürich) hat kürzlich die Gemeindeversammlung die Einführung der unentgeltlichen Geburtshilfe für alle in der Gemeinde wohnenden Frauen beschlossen. Wenn zur Geburtshilfe ein Arzt zugezogen werden muß, so leistet die Gemeinde auch zu den entsprechenden Kosten einen Beitrag von 15 Fr. pro Fall. Freuen wir nicht, so ist das kleine Graffthal die erste Gemeinde in der Schweiz, die diese soziale Neuerung einführt. Hoffentlich folgen dem guten Beispiel in der nächsten Zeit recht viele andere Gemeinden. Z.

Quittung.

Im Monat Juni gingen für den Agitationsfonds der Genossinnen bei der Unterzeichneten ein von den Genossinnen aus: Berlin durch Genossin Wulff 75 Mk.; Aitona durch Genossin Baumann 50 Mk.; Düren (Rheinl.) durch Genossin Heusinger 5 Mk.; auf dem Verbandstag der Handels- und Transportarbeiter gesammelt durch Genossin Kähler 9,80 Mk.; Eisenach durch Genossin Reiche 10 Mk.; Flensburg durch Genossin Soerenen 20,50 Mk.; Heeren i. Westf. durch Genossin Pöhld 8,75 Mk.; Girschberg i. Schlef. durch Genossin Gottwald 16 Mk.; Halberstadt für Wahlflugblätter 34,90 Mk.; Hamburg durch Genossin Zies 100 Mk.; Köln-Süd durch Genossin Müller 27,57 Mk.; Rempten durch Genossin Egn 10 Mk.; Rülheim a. Ruhr durch Genossin Kämmerling 14,70 Mk. und 13,60 Mk.; Rülheim a. Rhein durch Genossin Schuhmacher 45 Mk.; Paris im deutschen Leseklub gesammelt durch Genossin Udo 25,90 Mk.; Schweinfurt durch Genossin Rud 16,50 Mk.; Staßfurt durch Genossin Hartmann 6,25 Mk.; Streckau b. Luckenau durch Genossin Henne-mann 20 Mk. Summa 509,37 Mk.

Dankend quittiert:

Ottilie Baader, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.
Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands.

Der Jüngling kommt gegangen.*

Von Horace Traubel.

Wenn der Jüngling nicht wäre, oder der Jüngling im Mann, würde stets alles ungefähr bleiben, wie es ist. Wir sehen dem Jüngling Schranken. Flugs steigt er darüber. Er trost uns nicht. Er hört uns nicht. Aug und Ohr hat der Jüngling für Bilder und Laute vor ihm. Aber kein Ruf der Vergangenheit fesselt seinen ungeduldigen Fuß. Jeder Jüngling gibt der Menschheit ihre Jugend wieder. Die Hoffnung, die du ausgabst, faßt dein Junge von neuem. Wenn du sagst Rebellion, so sagst du Jüngling. Der Jüngling ist keine verschlossene Tür, sondern ein offener Pfad. Den Jüngling in dir legst du ab auf eigene Gefahr. Du kannst dich nicht selbst erlösen? Der Jüngling kann dich erlösen. Du kannst schlafmüde zu Bett gehen. Der Jüngling wird für dich träumen. Du kannst in die Stadt gehen und inmitten der Habgier der Welt Schwindel um Schwindel erschauern. Er wird arbeiten und spielen und ehrlich sein für dich. Der geborene Streiter, der Jüngling. Hast du je eine so hohe Mauer gebaut, daß ein Jüngling sie nicht erklettert hätte? Hast du je ein Reich so tief gesenkt, daß ein Jüngling es nicht untergraben hätte? Hast du je ein religiöses oder philanthropisches System gelehrt, so gut, daß ein Jüngling es nicht verbessert hätte? Der Widerpruchsgeist des Jünglings ist die Erlösung des Mannes.

Könnte die Ungerechtigkeit in einer Welt von Erwachsenen leben, sie fühlte sich geborgen. Die Wiege fürchtet sie. Sie fürchtet nicht deinen Verstand, deine Bildung, deine Wissbegier oder deine Logik. Sie fürchtet den Jüngling. Der Jüngling träumt und glaubt an Träume. Die Erwachsenen träumen auch. Aber sie glauben weniger leicht an die Träume. Der Jüngling prüft die Wirklichkeit am Traum. Der Mann den Traum an der Wirklichkeit. Darum ist der Mann konservativ, der Jüngling radikal. Darum droht vom Jüngling Widerstand, wo der Mann sich bescheidet. Der Jüngling ist der typische Streiter. Er tritt sofort für seine Rechte ein. Er denkt weder an Familie noch an Gesellschaft. Nur an sein Recht. Er schließt kein Kompromiß. Aus Buchstaben und Geist liest er den weitesten Sinn. Zwei und zwei macht immer vier. Zehn Stunden sind zehn Stunden. Der Jüngling ist Demokrat. Er verabscheut die Befehle, die ihr aus Eintagsfliegen herabkreischt. Es gibt keinen Herrn für ihn, der ihn zum Knechtsdienst zwänge.

Vor Jahren war es der Jüngling in 147 000 Mann, der zornig die Kohlenbergwerke verließ.** Dieser Jüngling hat dem Kapital Schach geboten. Vielleicht stehen zehntausend Mann einem Problem gegenüber. Was werden die Zehntausend tun? Sie sehen ihre Lohnbücher an. Sie sehen voraus in die Schatten, die den Arbeitslosen umgeben. Wohl sind sie unzufrieden. Doch sie legen die Arbeit nicht nieder. Das Problem bleibt Problem. Das Unrecht aber reißt sich die Hände.

Der Jüngling kommt gegangen. Auch er steht vor dem Problem. Er rechnet nicht mit den Kosten. Weder vor sich noch hinter sich sieht er Schatten. Er sieht nur Licht. Überall Licht. Was gibt dem Mann, der mitten im Licht steht, ein Problem? Der Jüngling ist erleuchtet. Er verschmäht es, mit Bedingungen zu feilschen. „Ich will selbst ein paar Bedingungen stellen,“ sagt er. Er gibt die Arbeit auf. Er wird euch nicht den Gelselstreiber, oder Gepäckträger, oder Lausburschen, oder Sklaven machen. Er geht zu den Männern, die verzagen, und spricht ihnen Mut zu. In Gegenwart des Jünglings schrumpft das Problem zusammen und verschwindet. Der Jüngling ist der geborene Streiter. Er ist unvernünftig; ja. Doch kann man stolz sein auf die Vernunft der Alten? Der Welt ihr Jünglingsherz zu erhalten, ist das Ideal der Philanthropie. Wenn du für Gerechtigkeit eintrittst, so gehst du nicht zum sinkenden Alter, um die Glieder von Reifen für den Kampf wieder gelenkig zu machen. Du ruffst die Jünglinge auf. Die Greise sind blind und taub. Sie sehen Sonnenuntergänge und Särge. Die Jünglinge sind vollkommen Herr ihrer fünf Sinne. Sie schauen nur Morgendämmerungen und Unsterblichkeit. Die Greise bleiben stecken im Jaudern. Die Jünglinge gehen gerade auf ihr Ziel los.

Der Jüngling handelt ohne Wenn, Aber und Vielleicht. Er ist ein Draufgänger. Manche Menschen sind ewig jung. Wir glauben das Alter am höchsten zu preisen, wenn wir von seiner Jugend sprechen. Auf einen gebildeten Menschen häufen die Jahre keine Lasten. Vielmehr erleichtern sie ihm seine Bürde. Sie haben ihn gelehrt, das Leben zu organisieren. Sie haben seine Kraft, nicht seine Last gemehrt. Mit einer Zivilisation,

die in den Erwachsenen die Jugend verkümmern läßt, ist es schlecht bestellt. Du kannst gerade so gut tot sein wie aufhören, Jüngling zu sein. Der Jüngling überschaut alles. Er bleibt seinen Eltern, seinen Nachbarn, seiner Zivilisation ein Rätsel. Er schneidet die Wege ab. Er geht nie nach der Regel zu Werk. Wenn du meinst, ihn vor dir zu haben, ist er irgendwo anders. Wenn du ihn in der Ferne suchst, steht er lächelnd an deiner Seite. Wenn du vom Unmöglichen sprichst, geht er hin und tut es. Bei Entwicklungen, die du mit dem Firkel bestimmen willst, zeigt er dir, wie groß sie werden, wenn man sie ihrem natürlichen Gang überläßt. Der Jüngling braucht fürs Leben Raum. Aller Überfluß ist ihm willkommen. Alle Grenzen überschreitet er. Kirche und Staat existieren für ihn nicht. Religion und Naturgesetz erkennt er an. Aber Institutionen sind ihm ein Greuel. Eure Polizeiregeln beachtet er nicht. Für den Erwachsenen ist das ganze Leben bewacht, eingeschränkt, Strafen ausgelegt. Wächter duldet der Jüngling nicht über sich. Und vor den Zufälligkeiten des Gesetzes beugt er sich nicht. Überläßt das Leben sich selbst, sagt er: man kann ihm vertrauen. Es hat ein Recht auf Wachstum. Im Amtsgericht aber wird es nicht wachsen.

Jeder Mensch durchlebt in sich zehntausend Leben. Und doch ist ihm vielleicht alles Leben entgangen, wenn in den zehntausend nicht der Jüngling mit heiterer Überlegenheit triumphiert. Herren und Könige und Parlamente fürchten sich vor dem Jüngling. Wenn du gegen den Jüngling häßlich und grob wirfst, dann denke an deine eigenen Träume. Vielleicht hast du den Jüngling in dir selbst ertötet. Vielleicht mußt du das. Doch schone den Jüngling im Jüngling. Laß jeden zur Mannheit heranreifen und doch Jüngling bleiben. Laß die Männlichkeit der Dreißig sich zur Abgellärtheit der Fünfzig entwickeln. Aber erhalte den Jüngling. Ein echter Jüngling wächst aus der Jugend nie hinaus. Ein echter Jüngling überlebt alle Revolutionen des Fleisches und Geistes. Warum sollte der Jüngling, der in der Wiege erscheint, nicht den Sarg überdauern? Der Jüngling ist Begeisterung, ewiges Feuer. Seine Wärmequellen sind unerschöpflich. Sein Licht wird nie trübe. Wenn du kalt wirfst im Glauben, so suche Fühlung mit dem Jüngling. Frage ihn, ehe du nachgibst. Er wird dir nicht etwas vorpreibigen von einem Weg zur Rettung. Er wird dir den Weg bahnen.

Zieltest du den Jüngling für jung oder alt? Ich habe nie um das Alter eines Jünglings gewußt. Er kann zehn oder siebzig Jahre alt sein. Der Jüngling läßt es sich nicht wohl sein in den Jahren, wo man bequem wird. Er rechnet nicht mit Jahren. Der Jüngling ist ewig jenes göttliche Etwas im Kosmos, das dessen revolutionäre Ideale unsterblich macht. Der Arbeitgeber, der Herr, der Vorgesetzte mag diesen Jüngling nicht. Aber ohne diesen Jüngling wäre das soziale Gleichgewicht zerstört.

Viele Stimmen vereint.*

Von Horace Traubel.

Wir lernen eine Lektion; die Lektion unverletzlicher Einheit. Aus unseren Zwistigkeiten haben die Herren Kapital geschlagen. Das einzig begründete Herrenrecht ist die Isolierung des Sklaven. Wir haben keine Lust, noch ferner in unserer Isolierung zu bleiben. Wir haben gelernt zusammenzuhalten. Jeden, der allein zu euch kommt, überwältigt ihr leicht. Wenn aber der einzelne hundertfünfzigtausend Mann stark zu euch kommt, so müht ihr seine Forderungen beachten. Ihr habt so lange Nein gesagt, bis das Neinsagen euch zur Gewohnheit wurde. Aber die Arbeiterschaft lernt, sich nicht mehr mit eurem Nein zu begnügen. Sie erkennt, daß euer Nein wohl für euch Nein bedeutet, aber nicht für den Arbeiter. Durch die Wirkung eurer alten Waffe seid ihr verwöhnt. Diese Waffe war niemals gut. Es schien nur so, weil die Waffe eurer Gegner so schlecht war. Jetzt, da die Arbeiterschaft gegen euch eine Waffe besitzt, hat eure Klinge die Schärfe verloren. Die Arbeiter hatten sich eurer Schätzung der Arbeit so ziemlich gefügt. Sie hatten eure Überlegenheit in Sprache und Kleidung, den Ruh eurer Frauen und eure Vergnügungen bewundert. Und so fühltest ihr euch in eurem Rechte bestätigt. Das ist anders geworden. Die Arbeiterschaft wird sich ihrer eigenen Überlegenheit bewußt. Sie erkennt, daß all die schönen Dinge, die ihr besitzt, und die sie an euch bewunderte, nichts anderes sind als Erzeugnis und Eigentum der Arbeiterschaft, das zugunsten von einzelnen aus dem Gemeinbesitz geraubt wurde. Und dies Bewußtsein hat die Arbeiterschaft aus dem Schmutz gezogen. Es hat sie mit der Überzeugung von ihrem Lebensrecht begeistert. Sie sagt nicht mehr: Mit eurer Erlaubnis. Sie sagt jetzt: Nach unserem Willen. Euren Jörn fürchtet sie nicht mehr. Der Arbeiter ist nicht mehr der Einzelmensch, der jedem Unwetter ausgesetzt ist. Er ist eine unter einheitlicher Führung konzentrierte Armee. Die innere Energie der

Arbeiterschaft muß sich am Ende als unwiderstehlich erweisen. Die Arbeiterschaft ist die lebendige Quelle des Reichtums. Das macht sie unbesiegbar. Alle Befehle der Vergangenheit sind unter ihrer Obhut. Sie kommt zuerst aus Ziel. Ihr hinterdrein. Ohne die Arbeiterschaft ginge alles zugrunde. Ohne euch wäre alles besser daran. Die Werte sind in unerbittlicher Umwertung begriffen. Bald werdet ihr unter dem Rad sein. Einst, wenn der Arbeiter zu euch kam, ward ihr zugelächelt und eure Antwort lautete: Sprich mit meinem Anwalt. Jetzt hat der Arbeiter seinen eigenen Anwalt. Er sagt: Verhandelt mit meinem Anwalt. Ihr sperrt euch. Aber ihr unterhandelt. Die Arbeiterschaft hat einen großen Acker unzugraben gehabt. Sie hat ihre Sache gut gemacht. Sie hat Glauben gehalten. Doch die Ernten der Arbeiterschaft bringen auch wucherndes Unkraut. Dies Unkraut wächst nach demselben Gesetz wie der Weizen. Aber das Unkraut hat den Weizen gefährdet. Dies ist ein Grund, warum die Arbeiterschaft beschloß, das Unkraut zu entfernen. In der langen Nacht, als Zins und Profit und Pacht davonliefen, hat sie das Licht brennend erhalten. Und mit dem Tag lehrten auch Zins und Profit und Pacht in ihrer gemeinsamen Selbstgefälligkeit wieder. Die Arbeiterschaft lernt, ihr Recht zu wahren. Nicht bloß einen Teil davon. Nicht das Almosen, das von den Mächten, die es ausbeuteten, als Arbeiterrecht bezeichnet wurde. Ihr absolutes Recht. Ihr ganzes Recht. Volle hundert Prozent.

Die Mächte oben sehen nachgerade sorgenvoll aus. Sie fühlen, daß in der unterdrückten Arbeiterwelt etwas vor sich geht. Etwas, das für sie nichts Gutes bedeutet. Was dieses Etwas ist, wissen sie nicht. Nur daß man bis aufs Messer dagegen anlämpfen muß. Sie wissen, daß Unheil droht, und rüsten sich, der Gefahr zu begegnen. Auch die Arbeiterschaft weiß, daß etwas in der Luft liegt. Und auch sie erkennt es nicht immer. Aber in ihrem Selbsterhaltungstrieb holt sie die längst fällige Lektion nach. Diese Lektion mag noch so elementar und unvollkommen erscheinen: Die Elemente sind alle da und ziehen einander zu Rat. Wenn die Zeit erfüllt ist, schließen sie sich mit solcher Kraft und unter solchen Bedingungen zusammen, daß über ihren Endzweck kein Zweifel mehr möglich sein wird. Die Herren sollen sich nur beizeiten warnen lassen. Ihre letzte Waffe versagt. Die Arbeiterschaft hat die Klust überbrückt. Meint ihr, sie streife für Vergünstigungen? Gerechtigkeit will sie. Keine Geschenke. Die könnt ihr behalten. Rechenschaft wollen wir von euch haben. Ihr seid eben doch nur unsere Verwalter gewesen. Aber dieses Amt hinaus erkennen wir euch nicht an. Und wir ziehen euren kurzen Wechsel ein. Ihr müht uns im Freien treffen. Nicht hinter verschlossenen Türen. Nicht in irgend einer entfernten Stadt. Nicht hilflose Einzelwesen. Ihr müht mit uns zusammenkommen, wo und wann es uns beliebt, so gut als wo und wann es euch beliebt. Wir kommen nicht mehr, den Hut in der Hand, euch um Gnade zu bitten. Wir behalten den Hut auf dem Kopfe und stellen unsere Forderungen. Wir lassen uns nicht mehr vom Bureaudiener abweisen. Bis zum Thron bahnen wir uns den Weg. Ihr müht uns anhören, und ihr müht höflich sein. Wir lehren euch gutes Benehmen und sagen euch, wie die Dinge stehen. Wir kommen zu euch hunderttausend Mann stark. Jeder einzelne von uns bedeutet die Gesamtzahl. Der kleine Slowak, der kein Wort Englisch versteht und nur eine Nummer, keinen Namen besitzt, ist der große Amerikaner, der die Macht hat, ein Publikum von Königen vor sich zu laden. Er schickt seinen Wunsch hinauf zum Hauptquartier. Und dort müht ihr euch damit abfinden. Wir brauchen uns nicht zu entschuldigen, daß wir euren Frieden gestört haben. Diese Art Frieden habt ihr jetzt lange genug. Es ist ein Frieden ohne Frieden. Ein Frieden in Unehren ist der schlimmste Krieg. Ihr habt einen Frieden gehabt, der alle Entscheidungen einseitig traf, und zwar zu euren Gunsten. Jetzt nehmen wir euch beiseite und sagen: So geht es nicht mehr. Wir achten keinen Besitz. Der muß selbst für sich sorgen. Der ärmlichste Mensch geht dem gewaltigsten und prächtigsten Gebäude vor. Wenn der unwissendste und unscheinbarste Arbeiter eine Beschwerde hat, müht ihr sie anhören. Vielleicht ekelt es euch. Aber seine Stimme ist so kräftig wie eine.

Wir sind Hunderttausende stark zu euch gekommen. Wir schlagen Lärm vor euren Türen. Wir füllen die Straßen. Wir drängen euch bis zu den Vorhöfen eurer Herren zurück. Die Stimme des einzelnen ist verklungen. Dafür lassen wir diese Stimme ergehen. Die Stimme von Tausenden zu einer verschmolzen. Dies ist die Stimme einer neuen Demokratie. Wir üben eine Kunst aus, die sich eure Achtung erzwingt. Ihr nehmt euren Besen und wolt die Flut zurücklegen. Aber uns werdet ihr nicht zurücklegen. Wenn wir kommen, laßt ihr euren veralteten Besen fallen. Wir, die wir viele Stimmen zu einer vereint haben.

* Aus „Werkzeuge“, kommunistische Gesänge. Deutsch von D. E. Leffing. München und Leipzig 1907. R. Piper & Co.

** Gemeint ist der erfolgreiche Kieferschnitt in den Kohlenfeldern Pennsylvanias im Jahre 1902/03.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Max Jettin (Zürich), Wilhelmshöhe Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von Paul Singer in Stuttgart.